

Wochenlohn 25 Pf., monatlich 2,00 Mk.  
an voraus zahlbar, Postbezug 4,33 Mk.  
einschließlich 50 Pf. Postgebühren und  
77 Pf. Postwertzeichen. Einzelab-  
nahmezeit 4.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Wochenbezüge für Berlin  
und im Ausland mit dem Titel „Der  
Vorwärts“, illustrierte Beilagen „Kraft  
und Zeit“ und „Kriegsbeilage“, Ferner  
„Unterhaltung und Witz“, „Frauen-  
Blatt“, „Leserbriefe“, „Briefe in die  
Küche“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einjährige Kanonierelei  
50 Pfennig, Kanonierelei 5.— Reichs-  
markt „Kleinanzeigen“ das abge-  
druckte Wort 12 Pfennig (gleichzeitige  
Anzeigen 20 Pfennig), jedes weitere Wort  
12 Pfennig, Stellenanzeigen das erste  
Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für  
Abonnement Seite 40 Pfennig, Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäft Ein-  
nahme 2. monatlich, von 1/1, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Fünfstell 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin  
Vorwärts-Verlag G. m. b. H.  
Postkontofonto: Berlin 57496 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Volksk. 63. Postkontofonto: Berlin 57496, Postkontofonto: Berlin 57496

## Ergebnislose Besprechungen. Die Volkspartei will finanzpolitisch diktieren.

Die am Freitag unter dem Vorsitz des Reichszan-  
glers abgehaltene Besprechung, an der die Führer der Sozial-  
demokraten (Breitscheid und Wels), der Deutschen  
Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei  
teilnahmen, verlief völlig negativ. Die Vertreter der  
Deutschen Volkspartei erklärten, daß für sie eine fraktionelle  
Bindung an die Regierung nicht in Frage komme, so lange  
nicht sichergestellt sei, daß der Staat ohne neue Steuern  
verabschiedet werde. Eine Ausnahme soll nur bezüglich der  
Besteuerung der öffentlichen Unternehmungen  
gelten, deren Steuerpflicht neu eingeführt werden  
müsse.

Nach längerer Aussprache über diesen Standpunkt der  
Volkspartei wurden die Verhandlungen ergebnislos ab-  
gebrochen. Die Vertreter der Sozialdemokratie ließen keinen  
Zweifel daran, daß ihnen das Programm der Deutschen  
Volkspartei — grundsätzlich keine neuen Steuern, aber neue  
Steuern für den Verbrauch von Gas, Wasser, Elektrizität und  
Massenverkehr — unannehmbar erscheine.

Am Freitagnachmittag um 3 Uhr sollen die Besprechun-  
gen unter Hinzuziehung des Zentrums fortgesetzt  
werden.

### Der Standpunkt des Zentrums.

Ueber den Standpunkt des Zentrums in den Koalitionsfragen  
erläutert das D. Z.-Bureau, daß das Zentrum die Einladung des  
Reichszan-  
glers, am Freitag an der gemeinsamen Sitzung mit den  
übrigen Parteien, die bei der Regierungsfrage in Betracht kommen,  
teilzunehmen, mit der Voraussetzung angenommen hat, daß es sich  
nicht um eine interfraktionelle Besprechung unter den Parteien, son-  
dern um eine gemeinsame Besprechung bei dem Reichszan-  
gler

handelt, um trotz aller Schwierigkeiten nach einem Ausweg aus der  
Krise zu suchen.

Was die sachlichen Streitfragen betrifft, die sich in  
erster Linie um den Etat und die Deckungsmöglichkeiten  
drehen, so wird in Zentrumskreisen betont, daß die Sachverständigen  
dieser Partei schon seit langer Zeit, noch ehe die Deutsche Volks-  
partei mit ihren Anträgen auf Streichung von Ausgaben hervor-  
getreten ist, eifrig am Werke sind, um an Etatsausgaben Er-  
sparnismöglichkeiten herauszufinden. Der Etat enthält  
eine ganze Reihe von Ausgaben, die an sich notwendig und  
wünschenswert sind, die aber nicht gerade so eilig sind, daß sie nicht  
auch eine hinausgezögerte auf spätere Zeit übertragen  
können.

Auf jeden Fall beharrt das Zentrum darauf, daß die Erzielung  
einer Verständigung über diese Fragen leichter möglich sein wird,  
wenn die Parteien vorher die feste Bindung zu einer Koalitions-  
regierung eingegangen sind, als wenn diese Verständigung ver-  
sucht wird, bevor die fraktionsmäßige Bindung erfolgt ist.

### Gutheißung der Steuervorlagen.

Im Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates.  
Der Finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat zu  
sämtlichen Steuervorschlägen der Reichsregierung, ausgenommen den  
sachlich unbedeutenden Gesetzentwurf zur Senkung der Einkommen-  
steuer, seine gutachtliche Zustimmung gegeben. Der Reichswirtschafts-  
rat hat also auch zur hart umkämpften Biersteuererhöhung seine  
neuen Vorschläge gemacht.

Den Einzelgutachten ist ein allgemeines finanzpolitisches Gut-  
achten vorangestellt, das im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse die  
größte Sparmaßnahme in der Staatswirtschaft empfiehlt und Reichsrat  
und Reichstag um Bemühungen zur weiteren Herabdrückung des be-  
stehenden Fehlbetrags im Reichshaushalt ersucht.

## Konstruktive Agrarpolitik. Industrieproletariat und Agrarfrage.

Von Hermann Tempel, M. d. R.

Die Einstellung der Sozialdemokratie zur Agrarfrage ist  
ein politisches und ein wirtschaftliches Problem erster Größe.  
Otto Bauer, der Führer der Sozialdemokratie Oester-  
reichs, hat im August des letzten Jahres anlässlich der  
Tagung der Internationale in Brüssel im Verlauf der De-  
batte über den Faschismus die Bauernfrage als die Lebens-  
frage des europäischen Sozialismus bezeichnet. Man mag  
darin eine gedankliche Ueberbripping sehen, die sich aus der  
besonderen politischen Lage Oesterreichs erklärt. Kein Zweifel  
aber wird darüber bestehen, daß auch das Reich des Faschis-  
mus seine stärksten Reserven auf dem platten Lande hat.  
Das Bauerndorf ist das Rekrutendepot des deutschen Faschis-  
mus geworden. In dem Maße, in dem wir an einer posi-  
tiven Lösung der Agrarfrage mitarbeiten, lähmen wir die  
Aktivität der Konterrevolution. In diesem Sinne ist die  
deutsche Arbeiterkassapolitik auf das stärkste an der Befundung der Verhältnisse innerhalb der Landwirt-  
schaft interessiert.

Sie ist es nicht minder aus rein wirtschaftlichen Erwä-  
gungen, aus ihren eigenen bitteren Nöten heraus. Anders  
gesagt: wenn der Bauer nicht oder nicht ausreichend kaufen  
kann, findet der Arbeiter keine oder keine ausreichende  
Arbeit.

Der Arbeiter muß wissen: der Wert der Gesamt-  
produktion der deutschen Landwirtschaft ist kaum weniger als der Wert der Gesamt-  
produktion der deutschen Industrie. Allein der  
Wert der erzeugten Milch beträgt an die 4 Milliarden Mark.  
Eine Wertgröße, an die kein anderes Einzelprodukt unserer  
Wirtschaft auch nur annähernd heranreicht. Die Landwirt-  
schaft ist dementsprechend ein Verbraucher industrieller Waren  
im größten Umfange. Sie kauft in einem Jahr für eine Mil-  
liarde an Maschinen einschließlich Reparaturkosten, für eine  
Milliarde an Kohlen und elektrischer Energie, für eine Mil-  
liarde an künstlichem Dünger und Chemikalien. Sie ist eine  
der größten Arbeitgeber der Industrie.

Der gesunde Blutkreislauf im Körper der Agrarwirt-  
schaft ist heute empfindlich gestört. Der Enqueteauschuss hat,  
unter führender Mitarbeit von Parteigenossen, einwandfrei  
festgestellt, daß allein von den 13 500 großen Gütern Ost-  
preußens mindestens 2000 rettungslos überschuldet und weitere  
5000 mit mehr als 50 Proz. ihres heutigen Verkaufswertes  
verschuldet sein dürften. Der Augenschein und die Statistik  
lehren, daß auch in manchen anderen Teilen des Reiches der  
Großbauer mit Einkäufen stark zurückhält, und daß der  
Kleinbauer nicht selten, ohne einen Pfennig Bargeld zu be-  
sitzen, glattweg darbt. Alle Zahlen, die uns zu Gebote  
stehen, beweisen den Umfang der Krise. Ohne Zweifel liegt  
hier eine der stärksten Hemmungen der Konjunkturgesundung  
und damit der Gesundung des Arbeitsmarktes vor. Aus  
seinem eigenen wohlverstandenen wirtschaftlichen Interesse  
heraus muß der Stadtproletarier die Heilung der agrar-  
wirtschaftlichen Krankheitsherde fordern und unterstützen.  
Agrarpolitik ist nicht das schlechteste Stück  
Sozialpolitik. Eine Einsicht, die angesichts des Massen-  
elends der Erwerbslosen Selbstüberwindung kostet. Aber  
doch eine notwendige Einsicht.

Sozialistische Agrarpolitik muß heute  
mehr als je konstruktive Agrarpolitik sein.  
Ohne Dogmen, ohne Vorurteile. Besonnene Verantwortung  
und schöpferische Kühnheit in eins. Beispiel einer solchen Hal-  
tung, die wirtschaftliche Tagesnöten an sozialistischen Grund-  
gedanken orientiert, indem sie Erzeuger- und Verbraucher-  
interessen aufeinander abstimmt, war unsere Mitarbeit an  
der kürzlich verabschiedeten Vorlage über den Zuckersoll  
und den Zuckerpriß. Ausländischer, vor allem tschechischer  
Zucker, auf der Basis von Hungerlöhnen in sozial rück-  
ständigen Gebieten billig erzeugt, drohte den deutschen  
Zuckerrübenbau und die deutsche Zuckerindustrie mit dem  
Heer der darin beschäftigten deutschen Arbeiter zu ruinieren.  
Die Sozialdemokratie hat darauf einer Erhöhung des Zucker-  
solls von 15 auf 25 Mark pro Doppelzentner zugestimmt, um  
den Zuckerstrom abzusperren. Ihre Zustimmung hatte sie  
an die Bedingung geknüpft, daß der Zuckerpriß in Deutsch-  
land im Großhandelspreis ohne Steuer, Verpackung und  
Transport 21 Mark pro Zentner nicht übersteigen dürfe, d. h.  
daß ein Kleinhandelspreis von etwa 31 Pf. pro Pfund ge-  
sichert sein müsse. Eine Regelung, die Erzeugern und Ver-  
brauchern gleichermaßen helfen soll. Mit vollem Recht haben  
die Vertreter der Sozialdemokratie im Plenum des Reichs-  
tags, die Genossen Toni Sender und Krätzig, betont, daß  
„zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Zoll-  
gesetzgebung ein Gesetz neben dem Schutz der Erzeuger auch  
eine Sicherung der Verbraucher vorsehe“. In  
diesem Zuckersoll- und Zuckerprißgesetz ist vielleicht das Bor-  
bild einer Reihe anderer agrarpolitischer Neuregelungen ge-  
geben worden.

Aus der gleichen grundsätzlichen Haltung heraus hat die

## Rätselraten um Poincarés Pläne.

Er verhandelt mit Führern der Linken. — Will er die Rechte ausschiffen?  
Tardieu Gegenzug.

Paris, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Die latente Krise, in der sich die Regierung seit der  
letzten Abstimmung befindet, dauert weiter an, und die Lage ist  
konkret als je. Es haben sich, wie sich jetzt herausstellt, Differenzen  
innerhalb der Regierung selbst herausgebildet, da ein Teil der  
Minister von dem Rätselraten der Öffentlichkeit über die ge-  
hehmen Absichten des Ministerpräsidenten ange-  
lockt zu sein und ihm jedenfalls die Absicht zuzutönen scheint,  
sich kürzen zu lassen, um aledann unter Ausschluß der  
Rechten ein neues Kabinett zu bilden. Es ist verständlich, daß die  
von der Rechten ins Kabinett entsandten Minister nicht bereit sind,  
sich so ohne weiteres opfern zu lassen. Jedemfalls haben die langen  
Unterredungen Poincarés mit Vincent Auriol, Cazals und  
Herriot Verdacht erweckt und Tardieu zu einem sehr geschickten  
Gegenmanöver veranlaßt. Er hat durch seine vorzeitige Indiskretion  
über die Absicht Poincarés, sich über die allgemeine Politik inter-  
pellieren zu lassen, die Pläne des Ministerpräsidenten durch-  
kreuzt, der daraufhin gezwungen war, sie fallen zu lassen. Tardieu  
ist nämlich der Ansicht, wie er dies bereits ankündete, daß die Regierung  
unter allen Umständen sowie sie ist, am Ruder bleiben muß, auch  
wenn sie nur mit 3 Stimmen Majorität zählt und die nicht einmal.

Verbrechen sei. Alle aufrichtigen deutschen Pazifisten betonten, daß  
die Deutsche Republik in Gefahr gerate, wenn der Rhein geräumt  
werde. (?) Frankreich könne unmöglich die militärischen Garan-  
tien, die es jetzt in der Hand habe, durch finanzielle Ersehen, und  
der Völkerbund, sowie die teutonische Ehrlichkeit  
seien wahrlich schwache Friedenspfänder.

### Die Minderheitentagung.

Litauen will auch dabei sein.

Im Zusammenhang mit den auf die Märztagung des Völker-  
bundesrates gefegten Verhandlungen über die Minderheiten-  
frage hat die litauische Regierung an den Generalsekretär tele-  
graphiert: „Die Tagesordnung enthält unter Nr. 12 Litauen inter-  
essierende Fragen; denn Litauen hat selbst Minderheitenver-  
träge abgeschlossen; es ist an den litauischen Minderheiten inter-  
essiert. Gemäß Artikel 4 der Völkerbundkonvention wird sich  
Litauen im Rat vertreten lassen.“

Die Teilnahme Litauens ist nur zu begrüßen, hoffentlich  
wird sein Vertreter auch ermächtigt sein, über die Behan-  
dung der Memeldeutschen zu reden.

### Die Brotkarten in Moskau.

Wer kein Wahlrecht hat, bekommt keine.

Moskau, 27. Februar.

Bei der Durchführung der Brotrationierung in Moskau wurden  
Versuche gemacht, die Versammlungen gewaltsam zu spre-  
ngen, wo die Vertreter der Hausverwaltungen über die Verteilung  
der Brotkarten berichteten. Die Urheber dieser Tumulte waren  
Personen, die bei der Sowjetwahl ihres Wahlrechts verlustig  
erklärt worden sind. Solche sollen nach den Bestimmungen keine  
Brotkarten und damit auch keinen Anspruch auf billiges Brot  
erhalten.

### Der General a. D. heßt.

Gegen Rheinlandräumung.

Paris, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der französische General Nordac, der wegen Unstimmig-  
keiten mit seinen vorgeordneten Stellen seinen Posten in der Rhein-  
landarmee verlassen mußte und darauf ein Buch über die „Deutsche  
Mentalität“ schrieb — eines der verrücktesten Machwerke politi-  
sirender Generale der Nachkriegszeit —, hat seine unglückliche Liebe  
zur Politik nicht aufgegeben. Er tut, was nichtergrünte Generale  
tun, deren staatsmännliche Fähigkeiten nicht anerkannt werden: er  
raßt im Lande umher und heßt.

In seinem neuesten Vorzuge in Paris sprach er vor einem  
„patriotischen“ Kreise über die Rheinlandräumung, natür-  
lich gegen die vorzeitige Räumung, die ein Wahnsinn und ein

Aus der gleichen grundsätzlichen Haltung heraus hat die

Sozialdemokratie noch im alten Reichstag, als Oppositionspartei also, das sogenannte landwirtschaftliche Rotprogramm gebilligt. Sie hat damit u. a. der Bereitstellung umfangreicher Kredite und Garantien zugestimmt, die der Förderung der Qualitätsverbesserung und des Absatzes von Vieh, Fleisch, Milch, Butter, Käse, Eiern, Gemüse und Obst dienen sollen. Hier ist zum erstenmal eine umfassende Aktion des Reiches zur Mobilisierung der produktionsorganisatorischen Energien des Bauerntums angebahnt worden, also eine Abkehr von jener sterilen Politik, die Beihilfen in Form von Zuschüssen, Krediten, Nachlässen und Verbilligungen ohne Rücksicht auf ihre produktionsfördernde Wertung an Einzelbetriebe ausschüttete. Aus den Mitteln des Rotprogramms sollen Organisationen und Einrichtungen gebildet und entwickelt werden, deren Ziel die Erzeugung und der Absatz größerer Mengen an einheitlichen und einwandfreien Markenwaren ist, also von Markenbutter, Markenmilch, Markenkeirn, Markenkartoffeln und Markenobst, Molkereien, Kühhäuser, Kofschneuren, Fleischfabriken, Eierammelstellen, Kartoffelrodereien, Verspinnanlagen aller Art sollen ausgebaut werden. Die letzte „Grüne Woche“ in Berlin hat gezeigt, daß auf diesem Wege auch Deutsche Waren, wir nennen holländische Eier, märkische Butter und schwäbisches Obst, durchaus den Wettbewerb mit Dänemark, Holland und Amerika aufnehmen können.

Ungeheure Märkte muß sich die Landwirtschaft hier erobern, um auf diesem Wege ihre Rentabilität wiederherzustellen. Mein unsere Einfuhr an Butter, Käse und Milch hatte 1928 einen Wert von rund 800 Millionen Mark gegenüber rund 200 Millionen Mark im Jahre 1919! Ingesamt geht es hier um Milliardenwerte, die die deutsche Landwirtschaft erzeugen könnte, sobald sie die technische und organisatorische Rückständigkeit vieler ihrer Betriebszweige überwunden haben wird. Was Dänemark vermag, muß Deutschland leisten können. Wir werden zur Förderung dieser Entwicklung die für die nächsten fünf Jahre angeforderten Raten von je 20 Millionen Mark zur Weiterführung des Rationalisierungsprogramms auf ihre Notwendigkeit hin sachlich und positiv eingestellt prüfen. Der Staat hilft hier im Interesse der Gesamtheit, das Individualprinzip der Agrarwirtschaft durch das Kollektivprinzip zu überwinden. Eine geistige Anleihe aus der Gedankenwelt des Sozialismus! Nicht nur der Arbeiter, auch der Bauer empfindet das.

Die Volkswirtschaft steht hier vor einer Reihe neuer Aufgaben und Schwierigkeiten von riesenhaftem Ausmaß. Wenn die Preise für Getreide zwischen 200 und 300 Mark pro Tonne, für Schweine zwischen 45 und 80 Mark pro Zentner, für Kartoffeln zwischen 1,50 und 6 Mark innerhalb relativ kurzer Zeitspannen hin- und herlaufen, so bedeutet das stärkste Erschütterungen der bäuerlichen Wirtschaften, ohne daß der Käufer erfahrungsgemäß den geringsten Nutzen hat. Der Versuch einer Stabilisierung der Getreide-, Schweine-, Vieh- und Kartoffelpreise liegt deshalb im Interesse der Agrarwirtschaft wie der Konsumenten.

Die Katastrophe auf dem Gütermarkt im Osten hat eine historische Situation für die Besiedlung dieser gefährdeten Gebiete mit Kleinbauern geschaffen. Der Ablauf der Pachtkonvention im kommenden Herbst stellt uns vor die Frage eines sozialen Pachtrichts im Interesse von 2 1/2 Millionen Bauern. Rationalen größten Umfangs fordern die Beseitigung behördlicher Fesseln, jene scheußlichen 18 Instanzen, von denen Minister Dietrich neulich sprach. Nur eine solche Agrarpolitik, die alle diese Nöte erkennt und sie mit Hilfe des Lebenswillens in der Landwirtschaft selbst bändigen lernt, ist imstande, die volle Rentabilität der Landwirtschaft wiederherzustellen, d. h. es ihr zu ermöglichen, eine Vergütung aus ihrem Anlagekapital herauszuarbeiten, die der allgemeinen Belastung unserer Wirtschaft entspricht. Die Landwirtschaft muß höhere Renten erbringen als bisher. Sie muß deshalb rationaler arbeiten. Der Staat will ihr dabei an die Hand gehen. Nicht als Bankier, sondern als Führer, Berater und Kontrolleur.

Es sei erlaubt, zu wiederholen, was wir zu Beginn unserer Ausführungen sagten: Die Einstellung der Sozialdemokratie zur Agrarkrise ist in der Tat ein politisches und ein wirtschaftliches Problem erster Größe.

## Eine Mandatsniederlegung.

Abgeordneter Lammers zieht sich von der Politik zurück.

Der Reichstagsabgeordnete des Zentrums, der Großindustrielle Lammers hat sein Mandat niedergelegt. Nachfolger im Mandat ist Frau Fuchs-Hamburg.

Lammers begründet seinen Schritt in einem Brief an den Reichstagspräsidenten wie folgt:

„Grundfällige Erwägungen wegen der Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus bestimmen mich, meine parlamentarische Tätigkeit aufzugeben. Demgemäß habe ich die Ehre, Ihnen, Herr Präsident, hiernächst mein Ausscheiden aus dem deutschen Reichstag mitzuteilen.“

Gleichzeitig hat Herr Lammers seinen Sitz im Parteivorstand des Zentrums und den Vorsitz im Enqueteausschuß niedergelegt.

Herr Lammers spielte eine führende Rolle im Industrie- und Handelsrat des Zentrums. Aus seinem Schreiben spricht Mißbilligung der Taktik des Zentrums, die eine der stärksten Ursachen des gegenwärtigen Vahns des parlamentarischen Betriebs gewesen ist.

## Reform des Haushaltsrechts.

Hilferdings Entwurf dem Reichstag zugegangen.

Dem Reichstag ist jetzt der vor einigen Tagen im Reichsrat verabschiedete Gesetzentwurf zur Änderung der Reichshaushaltsordnung zugegangen. Entsprechend verschiedenen Entschlüssen des Reichstags und den Vorschlägen des Juristenorgans bringt der Entwurf in verschiedenen Punkten eine Verschärfung des geltenden Haushaltsrechts.

Die Pariser Sachverständigenberatungen geben zu neuen Mitteilungen keinen Anlaß. Ueber die Höhe unserer künftigen Zahlungen wird noch nicht gesprochen. Dr. Schacht demontiert entschieden, daß er 800 Millionen jährlich vorgeschlagen hätte. Es ist übrigens — entgegen falschen „Sensations“-meldungen — nicht nach Berlin gereist und die Deutschlandreise der Sachverständigen Vogler und Kaffel hat privaten Anlaß.

# Wie die Volkspartei „spart“.

Kürzung der Sozialausgaben. / Subventionen für die Industrie.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat auf der jüngsten volksparteilichen Tagung bitter gekammert über die Ausgabenwirtschaft des Reiches, durch die die Steuerlast ständig steige, die Steuerzahler wie eine Zitrone ausgepreßt werden und den Bauern die Kuh aus dem Stall gepöndelt werde, wenn er nicht zahlen könne. Herr Dr. Stresemann ist seit fast sechs Jahren Reichsminister. Er trägt also für diese Entwicklung mit die Verantwortung.

Die Deutsche Volkspartei verlangt, daß die Bilanzierung des Etats 1929 ohne neue Steuern erfolge, daß 200 Millionen an den sozialen Ausgaben des Reiches und weitere 200 Millionen an den sozialen Ausgaben der Länder und Gemeinden eingespart werden. Sie will ferner eine Änderung der Reichsverfassung, durch die künftig die Erhöhung oder Neueinsetzung von Ausgaben nur möglich sein soll, wenn entweder Reichsregierung und Reichsrat ihnen zustimmen, oder der Reichstag sie mit Zweidrittelmehrheit beschließt. Die Annahme dieser Vorschläge betrachtet die Deutsche Volkspartei als Voraussetzung für ihre Bindung an eine Reichsregierung. In der Reichstagsitzung vom Donnerstag hat der Unternehmerbund Dr. Zapf diese Anträge begründet. Allerdings mehr wortreich als glücklich.

Wir haben bereits vor einigen Tagen in einer kritischen Betrachtung der volksparteilichen Anträge darauf hingewiesen, daß ihre Annahme unmögliche Zumutungen an die Sozialdemokratie stellt und daß die Anträge auch in die Interessen von Ländern und Gemeinden so tief eingreifen, daß die erforderliche Zustimmung des Reichsrats als ausgeschlossen betrachtet werden muß. Heute sei noch darauf verwiesen, daß die Deutsche Volkspartei zwar für Sparsamkeit redet, aber entgegengelehrt handelt. Einige Beispiele aus der allerjüngsten Zeit über Erhöhung der Ausgaben durch die Deutsche Volkspartei mögen das beweisen.

1. Im Dezember 1928 verlangte der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister Curtius vom Haushaltsausschuß die Vorausbewilligung von 3 1/2 Millionen Mark für Zins-erleichterungen bei Exportkrediten. Der Haushaltsausschuß lehnte sie jedoch ab.

2. Das Ersuchen der Firma Schichau in Danzig und Elbing um Unterstützung wird das Reich und Preußen mit einmaligen und laufenden Kosten von mindestens 50 Millionen belasten. Stärkster Befürworter dieser Maßnahme ist ebenfalls die Deutsche Volkspartei, ohne zuvor die Frage nach der Beschaffung der Mittel auch nur aufgeworfen zu haben.

3. Für die Internationale Ausstellung in Barcelona sind im vorigen Jahre 300 000 M. bewilligt worden. Das Reichswirtschaftsministerium unter der Führung des Volksparteilers Dr. Curtius verlangt jetzt Nachbewilligung von 750 000 M. Dieser Betrag ist erforderlich geworden, weil die Industrie über die vom Reich bewilligten Summen hinaus Verpflichtungen eingegangen ist, für die jetzt das Reich die Kosten tragen soll.

4. Rund anderthalb Duzend Anträge hat die Deutsche Volkspartei im Reichstag gestellt, durch die entweder eine Minderung der Einnahmen oder eine Erhöhung der Ausgaben eintritt.

5. Am meisten kennzeichnend ist aber folgender Vorgang: Am 28. Februar hat die Deutsche Volkspartei im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags einen Antrag eingebracht, durch den bei der Angestelltenversicherung auch die Kriegszellen voll angerechnet werden sollen, auch wenn keine Beiträge entrichtet wurden. Der Antrag schließt mit den Worten: „Das Reich erstattet der Reichsversicherungsanstalt die für die Anrechnung aufgewandten Kosten.“ Drei Tage nach der Besprechung beim Reichsanwalt, in der die Deutsche Volkspartei sich feierlich verpflichtet, keinen Antrag zu stellen, der dem Reich Kosten verursacht, wird also ein Antrag eingebracht, dessen Kosten auf viele Duzend Millionen belaufen dürften. Durch ihn werden zum erstenmal bei der Angestelltenversicherung, die bisher allein auf ihren Beiträgen beruhte, Reichsmittel beansprucht.

Die Volkspartei predigt also anderen Sparsamkeit, sie selbst denkt nicht daran, sparsam zu handeln. Wo es sich um die Verwendung von Reichsgeldern zu Zwecken handelt, die den Unternehmern zugute kommen, da hat die Volkspartei eine offene Hand, wo die Interessen der bedürftigen Schichten des Volkes berührt werden, da hat sie zugedöpte Taschen. Nicht Sparsamkeit ist das Ziel der Deutschen Volkspartei, sondern Bereicherung des Großkapitals.

## Denunzianten-Hysterie.

Eine Mahnung zur Vorsicht.

Ran lest diese Ueberschriften, genau so, wie sie hier stehen, in der „Deutschen Tageszeitung“ und wird neugierig. „Denunzianten-Hysterie“ — „Mahnung zur Vorsicht“ — was kann das in einem deutschnationalen Blatt bedeuten? Ran überfliegt rasch den Artikel und liest am Schluß:

„Der Fall enthält also eine ernste Mahnung zur größten Vorsicht, auch bei der Bewertung scheinbar völlig einwandfreier Auslagen von Erwachsenen, die in ähnlichen Fällen, namentlich in solchen, bei denen die politische Erregung des Auslegers in Betracht kommt, positiv zu bewerten sein wird.“

Ran ist gar kein Zweifel: die Deutschnationalen entschuldigen sich in diesem Artikel des führenden Sanbundsblattes für die Anzeige, die der Reichstagsabgeordnete von Lindener-Bildau im Auftrag der deutschnationalen Reichstagsfraktion beim Oberreichsanwalt erstattet hat. In dieser Anzeige war bekanntlich behauptet worden, daß zwischen der Journalistin Frau Valentin, dem sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Weis und dem Chefredakteur des „Vorwärts“, Stämpfer, in den Räumen des „Vorwärts“ eine Besprechung stattgefunden habe, deren Inhalt der Verrat der Groenerischen Denkschrift an die englische Zeitschrift „Review of Reviews“ bilde. Bekanntlich war das von A bis Z erlogen. Hier wollen offenbar die Deutschnationalen zugestehen, einer Phantasie infolge der „politischen Erregung des Auslegers“ zum Opfer gefallen zu sein.

Bergehung, wir haben uns geirrt. Der Artikel behandelt einen allfälligen ostpreussischen Fall von Ministerbeleidigung, in dem drei Zeugen das Gegenteil dessen beschworen haben, was sechs andere Zeugen beibehalten. Dem Verfasser des Artikels ist auch nicht der leiseste Gedanke gekommen, daß die „Mahnung zur Vorsicht“ gegen „Denunzianten-Hysterie“ vornehmlich auf die eigene Adresse der Deutschnationalen zu richten ist.

## Generale untereinander.

Kleine Bosheit Seede gegen Ludendorff.

Frankfurt a. M., 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der ehemalige General von Seede hielt im Frankfurter Club für Handel, Industrie und Wissenschaft einen Vortrag über: „Antikes Feldherrenum“. Mit jartastischem Böckeln deutete er u. a. auf Ludendorff, den er, ohne ihn zu nennen, mit dem Unterfeldherrn von César Sabinius verglich. Seede zitierte hierzu Kommissen und verlor die Stelle von dem wildgewordenen General, der sich nicht mehr auf seine Hauptleute verlassen wollte und der sich der Politik hingab, obwohl er von ihr nichts verstand.

## Systematischer Zuckertwacher.

Nach dem Deutschnationalen noch ein Zentrumsantrag.

Die Zentrumsfraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der auf eine Erhöhung des Zuckergolles hinausläuft. Der Antrag soll den Wünschen der Zuckerindustrie entsprechen. Die Verbraucher hat man wieder einmal nicht gefragt.

Schon vor einigen Tagen haben die Deutschnationalen eine Zuckergollerhöhung verlangt, und zwar zeichnete sich der deutschnationaler Antrag durch die Eigennützigkeit aus, daß die Antragsteller nicht einmal mit den ausschlaggebenden Stellen der Zuckerindustrie Rücksprache genommen haben. Diese Tatsache ist immerhin bezeichnend dafür, wie Anträge auf weitere Erhöhung des Zuckergolles zustande kommen.

Die Dinge liegen nun so, daß der Reichstag im Dezember 1928 einer Erhöhung des Zuckergolles von 10 auf 25 M. zustimmte, um den deutschen Markt vor der ausländischen Konkurrenz, insbesondere

vor dem schwedischen Dumping zu schützen. Diesem Antrag hat auch die Sozialdemokratie zugestimmt. Um die Interessen der Verbraucher zu wahren, setzte sie jedoch durch, daß die Erhöhung des Zuckergolles auf 25 M. nur dann gelten soll, wenn der Zuckerverbrauch pro 50 Kilogramm an der Magdeburger Börse unter 21 Reichsmark liegt. Wird der Preis von 21 M. im Monatsdurchschnitt überschritten, so muß nach dem Gesetz vom Dezember 1928 automatisch der Zoll auf 10 M. herabgesetzt werden. Ohne Zweifel war durch diese Bestimmung ein Weg gefunden, der berechtigten Interessen unserer Zuckerindustrie entgegenkommt und die Verbraucher vor Ueberwucherung schützt.

Der oben erwähnte deutschnationaler Antrag will den Zuckergoll nur auf 20 M. heruntersetzen, und zwar erst dann, wenn der Zuckerverbrauch im Monatsdurchschnitt über 23 und nicht unter 25 M. lag. Erst wenn der Zuckerverbrauch im Monatsdurchschnitt über 25 M. lag, sollte eine Ermiedrigung auf 10 M. eintreten. In die selbe Kerbe haut nun der Zentrumsantrag. Er sieht eine Heruntersetzung des Zuckergolles nur auf 15 M. vor, wenn der Preis in Magdeburg im Monatsdurchschnitt über 23 M. liegt. Um die von den Deutschnationalen und dem Zentrum verlangten Verschlechterungen zu zeigen, geben wir folgende Aufstellung:

Zeitraum	Zuckergollerhöhung	(per 50 Kilogramm im Reichsmark nach der Magdeburger Börse)
Jetzige Regelung	21 Mark	von 25 auf 10 Peng.
Deutschnationaler Antrag	23	„ 25 „ 20
Erweitertes deutschnationaler Antrag	25	„ 25 „ 10
Zentrumsantrag	23	„ 20 „ 15

Diese Vorschläge haben nichts mehr mit der ursprünglichen Absicht, den deutschen Zuckermarkt vor einer ausländischen Ueberflutung zu schützen, zu tun. Während der Dezemberverhandlungen über den Zuckergoll haben prominente Rübendücker erklärt, daß sie bei einem Preis von 21 M. einen Rübepreis erzielen, der 50 Proz. über Friedenspreis liegt. Daraus geht hervor, daß es sich bei diesen neuen Anträgen nicht mehr um den Schutz des Marktes und den Schutz einer wichtigen Industrie handelt, sondern um eine Auswucherung der Besöllerung!

## Der Korbacher.

Deutschnationaler Heldenporträt eines Fremden.

Kuserwöhlt Helden und Edelgestalten zieren bekanntlich, nach der Betauerung der deutschnationalen Presse, in den Fremdenporträts die Anklageband. Versuchen wir einmal, das geistige Porträt dieser „Heldenlobebären“ festzuhalten und bemerken wir dafür eine Quelle, die sicher nicht im Verdacht steht, den Angeklagten mißgünstig gesinnt zu sein. Also lesen wir z. B. was der Sonderberichterstatter der „Deutschen Tageszeitung“ über den Korbachmann Baer, einen der Angeklagten im Stettiner Prozeß, zu sagen weiß:

„Wälg unvoreinbar wird das Niveau zwischen Betragter und Befragtem, als die Vernehmung des etwas beschränkten Angeklagten Baer beginnt, der in seiner dritten sachlichen Rundart immer wieder beteuert, daß er sich auf Einzelheiten nicht mehr besinnen könne. Der Vorlesende unterbricht diesen Angeklagten wiederholt darob: „Und das sollen wir Ihnen glauben?“ Aber es gelingt seiner messerscharfen Verhörstachel nicht, aus dem Mann mehr herauszubringen, als dieser in seiner verschwommenen Erinnerung findet. Die Verteidiger stellen fest, daß Baer drei Fragen nacheinander überhaupt nicht befragt und daß er nicht einmal das in der ersten Verhandlung, wo er freigesprochen worden ist, über ihn ergangene Urteil gelesen hat.“

Hier haben wir Kern und Wesen der ganzen Korbach-Freikorps-Schwarze-Reichwehr-Bewegung vor uns: Ein Haufen schwachsinniger Ruchlöcher, deren schwerfällige Intelligenz sie zu willenlosen Werkzeugen in der Hand von ein paar strupelosen Borgefekten macht. Man könnte das Ganze auch eine Vertöpfung des ostpreussischen Systems oder des Geistes von Potsdam nennen.

# Das Utrechter Dokument.

Echtheitsprüfung durch den Völkerverbund erwünscht.

Haag, 28. Februar.

Dem „Haagschen Courant“ erklärte der Chefredakteur des Utrechter Tageblattes, Dr. Ritter, zur Frage der Echtheit der von seinem Blatte veröffentlichten aufsehenerregenden Dokumente: Die Dokumente stammen aus einer völlig unverdächtigen Quelle. Sie stellen das Protokoll einer in Brüssel abgehaltenen Sitzung militärischer Sachverständiger dar, sind auf amtlichem Papier des belgischen Staates ausgefertigt und tragen die Unterschriften der Teilnehmer sowie Passsiegel, wie sie bei den belgischen Ministerien gebräuchlich sind. Der Text des französisch-belgischen Vertrages ist in das Protokoll über die Konferenz miteingeschlossen. Dr. Ritter betonte noch, daß jene, die ihm das Dokument verschafft hätten, nichts lieben sehen würden, als daß man es in Genf auf seinen wahren Wert untersucht. Auf eine Frage, ob Dr. Ritter vor der Veröffentlichung die Dokumente dem niederländischen Außenministerium vorgelegt hätte, antwortete Dr. Ritter verneinend, wobei er hinzufügte, daß das Außenministerium durch die Veröffentlichung nicht überrascht worden sein könne.

## Veröffentlichung des Wortlauts.

Amsterdam, 28. Februar.

Das „Utrechtsch Dagblad“ veröffentlicht heute abend in großer Aufmachung das von ihm kürzlich enthüllte Dokument über das französisch-belgische Militärabkommen in seinem vollständigen französischen Wortlaut.

Das Dokument ist datiert: „Brüssel, den 20. September 1927“, und trägt am Kopf die folgende Bezeichnung: „Ministerium der Rationalen Verteidigung, Ministerium für Landesverteidigung, Generalstab, Dritte Sektion, Nr. C. B. 17442“ und dahinter „Geheim, Streng vertraulich, französisch-belgische Generalstabsbesprechungen vom 7. bis 12. September 1927 und Protokoll.“

Protokoll: In Anwendung des französisch-belgischen Militärabkommens vom 7. September 1920, genannt Convention de Bruxelles, Artikel 6, haben am 7., 8., 9., 11. und 12. September 1927 Konferenzen in Brüssel stattgefunden, an denen folgende Delegierte teilnahmen: für Frankreich der General Debened, Generalstabschef, der General Bineau, Souschef des Generalstabs, General Blavier, Militärattaché an der französischen Botschaft in Brüssel.

Für Belgien: General Galt, Generalstabschef, der Oberst Richen, Chef der dritten Sektion des Generalstabs mit den Funktionen des Souschefs des Generalstabs, der Oberst van den Bergen, Chef der ersten Sektion des Generalstabs.

Die Funktionen eines protokollführenden Sekretärs wurden dem Obersten B. M. Etienne, dem Kommandanten des Grenadierregiments in Brüssel anvertraut.

Aus der Veröffentlichung ergibt sich, daß es sich nur um ein einziges Dokument handelt, das sich in die acht wörtlich aufgeführten und durch die erste Veröffentlichung des „Utrechtsch Dagblad“ bereits bekannten Artikel des französisch-belgischen Militärabkommens vom 7. September 1927 gliedert. Direkt im Anschluß an jeden einzelnen Artikel des Abkommens finden sich jedesmal die betreffenden Auslegungsbefimmungen vor.

Das Dokument trägt am Schluß die Unterschriften des Leiters des französischen Generalstabes Debened, des Leiters des belgischen Generalstabes Galt und des belgischen Ministers für Landesverteidigung de Braqueville sowie den Vermerk: Für gleichlautende Abschrift (certifié conforme) Richen.“

## Soesch bei Briand.

Paris, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Der deutsche Botschafter v. Soesch wurde am Donnerstag vom Außenminister Briand empfangen. Die Unterredung galt u. a. den Fragen, die auf der Tagesordnung der nächsten Völkerverbundratsitzung stehen. Der Außenminister benutzte die Gelegenheit zu einigen Erklärungen über die kürzliche Veröffentlichung eines belgisch-französischen Geheimvertrages durch ein holländisches Blatt.

Auch der deutsche Gesandte in Brüssel, Dr. Horstmann, sprach gestern beim Außenminister Hymans vor.

## Pilsudski geißelt seine Amtsvorgänger.

Außerdem pfeift er aufs Parlament.

Warschau, 28. Februar. (Eigenbericht.)

Im Haushaltsausschuß des Senats gab zum Etat des Kriegsministeriums Pilsudski folgende Erklärung ab:

„Die Sitzungen der Sejmkommission wurden von meinem Vertreter nicht besucht, weil ich vermehren wollte, daß die Disziplinuniform durch Artikel beleidigt werde. Im übrigen betrachte ich die Vorlage des Budgets im Sejm als falsch. Meinen Vorgängern im Kriegsministerium hat der Sejm Gelder in Hülle und Fülle zur Verfügung gestellt, die zur Aushaltung von Frauen, Geliebten und Partnern vergeudet wurden. Mir persönlich sind Fälle bekannt, in denen aus dem Fonds des Kriegsministeriums Beträge zur Veranoftaltung von Orgeln mit Fremdenmädchen zur Verfügung gestellt worden... Schließlich erklärte Pilsudski noch: Ihn gingen die Beratungen des Sejm wenig an, da er für sein Ressort so viel Geld erhalte, wie er wolle.“

## Die Sejm-Opposition gegen die Diktaturgeißel.

Warschau, 28. Februar.

Der Sozialist Biehermann verglich den Verfassungsentwurf des Regierungsblochs mit der Verfassung Napoleons III. vom Jahre 1852 und hob hervor, daß der Kaiser von Japan wohl den Titel „Sohn des Himmels“ führe, daß er jedoch, wenn man seine Machtbefugnisse mit denjenigen vergleiche, die der Regierungsbloch dem polnischen Staatspräsidenten zugesprochen habe, nur ein armer und beschuldener Mann sei. Dieser Verfassungsentwurf sei auf einen César, Napoleon oder Cromwell zugeschnitten, nicht aber auf gewöhnliche Sterbliche. Man müsse sich mit allen Mitteln einer Staatsverfassung widersetzen, die aus Polen eine militärische Satrapie machen wolle.

Deutschland hat nicht Postbasillen verschossen, so erklärt entgegen einer Behauptung des englischen Arztes Sir Berkeley der Leiter der französischen Bliggasstelle im Weltkrieg; auf Grund seiner zahlreichen Untersuchungen deutscher Gefangenen stellt er fest, daß niemals Bazillen darin gewesen sind.

Der Chef der deutschen Heeresleitung, General Heye, macht eine Reise nach Argentinien.

# Helds Dementierspritze.



Er spritzt und spritzt — aber was kommt, ist man schwach!

# Abrechnung mit Westarp.

Geschichtliche Tatsachen gegen deutschnationales Verleumdungsgeschrei.

Im weiteren Verlauf der Donnerstagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt über den Personaletat des Reichsinnenministeriums für 1928 ertöndigte sich Abg. Stücken (Soz.) nach der Art der militärischen Vertretung der Länder beim Reich, für die auch jetzt noch ein Betrag von 15 000 M. angefordert werde. Minister Severing gibt eine geschichtliche Darstellung des Entstehens dieser Vertretung und erklärt, daß er gegen eine eventuelle Streichung nichts einzumenden haben werde.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) entgegnet auf die Aufforderung des Ministers, den Vorwurf des Landesverrats gegen seine große Partei fallen zu lassen, daß seine Parteigenossen das so lange nicht vermöchten, als die Sozialdemokratische Partei als solche nicht von jener bekannten Broschüre abrückte, die die Vertretung aller Proletarierinteressen höher als die Pflichten gegen das eigene Vaterland stelle.

## Reichsinnenminister Severing

weist den ihm vom Abg. Schreiber (Str.) gemachten Vorwurf zurück, daß er zum erstenmal Schriftstücke des Ministeriums im Ausschuß reproduziert habe. Als vor längerer Zeit hier Herr Solmann die Frage der Orben von dem afghanischen Fürsten zur Sprache gebracht habe, habe sein Vorgänger sich auch auf solche Schriftstücke berufen, um zu beweisen, daß andere Sozialdemokraten anders gedacht hätten.

Dem Abg. Graf Westarp erwiderte

## Abg. Solmann (Soz.):

Es besteht für mich kein Grund, der Aufforderung des Grafen v. Westarp, mich zu der Broschüre „Sozialdemokratie und Wehrprogramm“ zu äußern, auszuweichen. Ich teile die darin vertretenen Auffassungen nicht. Die Führung der Partei hat einen Ausschuß berufen, der bekanntlich mehrpolitische Richtlinien ausgearbeitet hat, die von ganz anderer Natur sind, als das sogenannte „Klassenkampf-Wehrprogramm“. Der Abgeordnete Stampfer, dem Graf v. Westarp hier vorgeworfen hat, er weiche einer Stellungnahme aus, hat klar und deutlich seine mehrpolitischen Ansichten gegen das „Klassenkampf-Wehrprogramm“ in der Parteipresse dargelegt. Die Entscheidung über das Wehrprogramm der Partei hat der Parteitag zu treffen und nicht ein einzelner Sozialdemokrat oder eine Gruppe von Sozialdemokraten. (Erregte Jurufe d. d. Deutschn.)

Ja, gewiß, das begreifen Sie nicht. Bei uns beschließt kein Graf, sondern die Mehrheit der Parteigenossen entscheidet.

Wichtiger als alles Theoretisieren sind die geschichtlichen Tatsachen. Wenn Sie uns als eine Landesverratspartei bezeichnen, so bezeichnen Sie damit die Massengräber der hunderttausende von sozialdemokratischen Soldaten, die ein Land verteidigt haben, das ihnen sogar die gleichen Staatsbürgerrechte verweigert hat. Ich bin rheinischer Abgeordneter und habe das Recht zu sagen, daß Sie mit Ihren deutschnationalen Mitgliedschaften in Pommern, in Ostpreußen und in der Mark Brandenburg nicht das Rheinland gerettet hätten, wenn nicht auch die Sozialdemokraten

und die Kommunisten sich dem Separatismus und dem französischen Imperialismus entgegengeworfen hätten.

Man hat nicht gehört, daß diese Arbeiter, die von ihrem landestrennen Verhalten keinen Vorteil hatten, die Ansprüche an das Reich gestellt hätten, die den kapitalistischen Schichten in vielen Millionen Mark ausgezahlt worden sind.

Diese ehernen Tatsachen vernichten das Geschwätz vom Landesverrat. Die jetzigen Deutschnationalen selbst sind schuld, wenn große Teile der Arbeiterklasse dem Heere teilnahmslos und mit Mißtrauen gegenüberstehen. Sie selbst haben im kaiserlichen Staate die Arbeiterklasse nur als Kanonensutter eingeschätzt. (Wütende Jurufe von v. Westarp und v. Lettow-Vorbeck.) Wenn Sie, Herr v. Lettow-Vorbeck, als Sohn eines Arbeiters zur Welt gekommen wären, hätten Sie in allen Staate höchstens zum Helmbüchel gebracht, selbst mit der Begabung eines strategischen Genies. Diese Sünden der Vergangenheit sind schuld daran, wenn es so schwer fällt, die Massen der Arbeiter zum Staate zu führen, selbst wenn er nun in einer anderen, in einer demokratischen Form vor ihnen steht. In jeder Partei mit geistigem Leben ringen verschiedene Richtungen miteinander. Auch bei den Deutschnationalen. Als Herr v. Keudell Verfassungsdirektor der Republik war,

hat Graf v. Westarp immer wieder herausfordernd im Lande von seiner Treue zu Kaiser und Reich geredet.

(Zustimmung v. Westarps.) Nach Ihrer Logik hätten wir dann die Deutschnationalen als eine Partei des Reichs bezeichnen dürfen. Mitglied Ihrer Fraktion ist Herr v. Frentag-Soringhosen, der eben erst den hadigen Sturz der jetzigen Reichsverfassung durch Staatsstreich nicht nur vorauslegt, sondern bejubelt hat. Sie schütteln ihn nicht ab. Wenn wir Ihrem Beispiel folgten, müßten wir Sie als eine Hochverratspartei bezeichnen. Die Deutschnationalen sollten mit ihrer Vergiftung des politischen Kampfes aufhören. Er ist keine Schädigung unserer Partei, aber eine Schädigung für unser Land!

In einer persönlichen Bemerkung stellte der Abg. v. Keudell (Dnat.) dem Minister anheim, im Ministerium nachforschen zu lassen, ob ihn kompromittierende Schriftstücke gefunden werden können.

Reichsinnenminister Severing weist den versteckten Vorwurf zurück, als lasse er Schriftstücke, die seinen Vorgänger kompromittieren könnten, aus den Ministerialakten herauslösen. Solche Schriftstücke würde er seinem Herrn Vorgänger persönlich zurückreichen. Er wolle Herrn v. Keudell keineswegs kompromittieren, sondern ihn lediglich fragen, ob seine geistige Wahnung, den Verfassungsdirektor über den Parteiminister zu stellen, in Einklang zu bringen sei mit seiner Personalpolitik und seiner Amtsführung im Reichsinnenministerium. Ich glaube in diesem Schriftstück, das mir seit längerem vorliegt, den Beweis zu erblicken, daß Sie sich in größerer Abhängigkeit von Ihrer Partei befinden haben als ich je von meiner Partei, wenigstens nach dem in dem Protokoll gebrauchten Ausdruck: „Vom Herrn Minister wird verlangt, daß er bezüglich Olympia gegen Preußen vorgeht.“

## Ablenkungsmanöver der Advokaten.

Verfälschung eines brutalen Mordes.

Stettin, 28. Februar.

Zu Beginn des heutigen vierten Verhandlungstages im Prozeß Heines und Genossen machte die Verteidigung ihre Ankündigung wahr, daß sie auch in diesem Prozeß wieder auf die Heranziehung der Vorgänge in Oberschlesien bestehen werde, die in der ersten Verhandlung eine große Rolle spielten und allgemeine Beachtung fanden.

Oberstaatsanwalt sah widerspruch allen diesen Anträgen. Die Anklagebehörde habe auf diesen Prozeß die Bezeichnung Fememord überhaupt nicht geprägt, weil es sich hier gar nicht um einen typischen Fememord, sondern um die bewußt eigenmächtige Tötung des Schmidt durch Heines handelt. Diese Sache sei sieben Jahre nach der Tat durch den Erpressungsversuch eines ehemaligen Koffbachers an dem Amtsvorsteher Bergfeld ins Rollen gekommen. Keine politischen Erwägungen oder eine Femeheße, sondern das selbstverständliche Pflichtgefühl preußischer Beamter habe zu diesem Prozeß geführt. Die Absichten der Verteidigung mit der Heranziehung des Oberschlesienkomplexes würden am besten durch einen kürzlich im „Friedericus“

erschienenen Artikel beleuchtet, der unter der Überschrift „Sie greifen an“ die Drohungen enthalten hat, daß man die ober-schlesischen Vorgänge aufrollen würde, wenn auf die in den Femeprozeß verurteilten nicht die Amnestie angewendet würde.

Das Gericht behielt sich seine Stellungnahme zu den Beweis-anträgen vor.

Es folgte die Vernehmung des Angeklagten Krüger, der Vertrauensmann der Koffbacher auf dem Gut Stedlin war.

Der Angeklagte ist übrigens in der Zwischenzeit in Stendal wegen eines an einer Frau begangenen Tot-schlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Zum Schluß wurde der Angeklagte Administrator Bergfeld vernommen. Das Gut Rosenfelde sei — so schwärzte er — auf die Weise mit Waffen versorgt worden, daß nach vorheriger Ankündigung ein mit Waffen beladenes Kastauto des Wehrkreiskommandos II in Berlin auf der Fahrt zum Reiterregiment 6 in Schwedt auf dem Gut Rosenfelde eine Panne markierte und dort Maschinengewehre und Munition abließ, und zwar in Gegenwart eines Wewachtmisters der Reichswehr, des Bataillonsarztes der Reichswehr, der ausdrücklich betonte, daß diese Waffen nur für die Koffbacher bestimmt seien.



Mehr Fürsorge für Erwerbslose!

Stadtverordnetenversammlung fordert Erhöhung der Unterstützungssätze.

Die in der Stadtverordnetenversammlung seit Monaten schwebenden Verhandlungen über die Frage einer wirksameren Fürsorge für die Erwerbslosen sind jetzt zum Abschluß gelangt. Gestern wurde das Ergebnis der Ausschussberatungen über die Anträge der Kommunisten vorgelegt und nach nochmaliger Debatte endlich Beschluß gefaßt.

ganzem Bogen bestreicht und das fortgeleitete Öffnen der Türen fühlte die Luft im Wageninnern immer wieder ab. An der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in Reinickendorf werde ständig gearbeitet. Genosse Schäfer betonte, daß der Spigen- und der Ausflugsverkehr von und nach Reinickendorf einfach nicht mehr durch die Straßenbahn bewältigt werden kann.

Verlängerung der Untergroßbahn

über Seestraße hinaus, dann aber auch die Schaffung einer Verbindungsbahnstrecke zwischen dem Norden und dem Westen, insbesondere Charlottenburg und Spandau. Stadtrat Genosse Reuter erinnerte daran, daß seit etwa zwei Jahren intensiv an dieser Nord-West-Bahn gearbeitet werde, daß aber der Bahnbau nicht schneller als der der Straßenbahn vorangehe.

In Erledigung einer Anzahl kommunistischer Anträge wegen Arbeitsbeschaffung und Erhöhung der Unterstützungssätze berichtete Genosse Ulrich über die umfangreichen Ausschussberatungen. Der Ausschuss empfiehlt der Versammlung, zu beschließen: Der Magistrat soll unverzüglich alle Vorträge unterbreiten, die eine großzügige Arbeitsbeschaffung einschließlich der Notstandsarbeiten vorsehen.

von den Arbeitern den Verzicht auf Lohnerhöhungen

verlangten, damit die Wirtschaft wieder in Gang komme; in Wirtschaft haben die Arbeiter nicht nur keine Lohnerrhöhungen erhalten, sondern die Lebensmittelpreise seien fortgesetzt gestiegen. Arbeit sei aber auch nicht beschafft worden.

Erziehung des Primaners in Pantow

durch ein Mitglied des Rotfrontkämpfer-Bundes. Der Antrag fordert Verbesserung des polizeilichen Schutzes und der Straßenbeleuchtung in Pantow und Ersatzung der Boordigungsstellen an den Batern. Der Kommunist Cange sagte, wer sich in den Klassenkampf begeben, dürfe sich nicht wundern, wenn Opfer fallen.

Heizung der Wagen

betreffe, so sei festzustellen, daß ein Oberflächenverkehrsmittel, wie es die Straßenbahn ist, wohl kaum bei 20 bis 25 Grad Kälte annehmbar heizbar ist. Der Luftzug, der den

Hilfe für die Feuerwehr!

Alle Parteien des Rathauses, mit Ausnahme der Kommunisten, brachten einen Dringlichkeitsantrag folgenden Wortlautes ein:

Der Magistrat wird ersucht, zu prüfen, wie weit bis zur erfolgten Nachprüfung der von den Fachorganisationen gestellten Anträge auf anderweitige Eingruppierung der Feuerwehrbeamten diesen eine laufende angemessene Gehaltszulage gezahlt werden kann und darüber der Stadtverordnetenversammlung sobald wie möglich eine entsprechende Vorlage zu machen.

Der Antrag ging ohne Debatte an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Beamten.

Akademiker beschimpfen die Reichsflaggen

Und lassen es sich 300 Mark Geldstrafe kosten.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Berlin-Schöneberg standen am Donnerstag, dem 28. Februar, der verantwortliche Redakteur Dr. Kintenberg und der prokuristische Arzt Dr. Karlewski aus Raumburg a. d. S., der sich als früherer Oberstaabsarzt und Mitglied des Stahlhelms bezeichnete. Gegenstand der Anklage war noch ein Strafverfahren der Republikanischen Beschwerdestelle Berlin ein Artikel in der katholischen Wochenzeitschrift „Das deutsche Volk“ vom 23. September 1928, der eine schwere Beschimpfung der Reichsflaggen enthielt.

Es muß im Anstand, das ja alle diese Dinge viel genauer beobachtet als man in Deutschland ohnehin besonders trefflichen Eindruck von den Zuständen in Deutschland erwecken, wenn deutsche Akademiker, die sich mit besonderer Liebe als Vertreter deutscher Bildung fühlen, die Hoheitszeichen des deutschen Volkes verächtlich machen. Solchen Burlesken läßt ein paar Wochen hinter schwedischen Gardinen zur Selbstbestimmung zu.

Achtköpfige Familie ohne Heim.

Durch Laubendbrand obdachlos geworden.

Von einem schweren Unglück wurde gestern die aus acht Köpfen bestehende Familie des Maschinenführers Hermann Sch. betroffen.

In der Laubendstraße „Seide einig“ an der Fischerstraße in Lichtenberg besitzt Sch. eine größere, aus mehreren Räumen bestehende Wohnkammer, in der er mit seiner Frau und seinen sechs Kindern auch während der Wintermonate wohnte. Infolge Ueberheizung eines Ofens geriet plötzlich das Gebälk in Brand. Als die Gefahr erkannt wurde, waren Löscherzeuge bereits zu spät. Die Bewohner mußten das brennende Heim schleunigst verlassen, und als die alarmierte Feuerwehr eintraf, gab es nichts mehr zu retten. Die Haube brannte mit dem gesamten Hab und Gut der Bewohner nieder. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die benachbarten Lauben, die eine Zeitlang durch Funkenflug stark gefährdet waren, zu schützen. Das Bezirksamt wird sich sofort der Obdachlosen annehmen und ihnen eine geeignete Unterkunft schaffen.

Der Vorfall sollte für alle Bewohner von Wohnlauben erneut eine Warnung sein, beim Heizen der Ofen die größte Vorsicht zu beachten. Schon eine kleine Unachtsamkeit oder Nachlässigkeit kann zu den schwerwiegendsten Folgen führen.

Mit der Bekämpfung eines gefährlichen Feuers war die Feuerwehr gestern in der Friedrichstraße 37 beschäftigt. Dort befindet sich auf dem Hof eine Polsterwerkstätte, in der aus noch unbekannter Ursache der Brand entstanden war. Die Wehr, die mit zwei Jägern anrückte, konnte das Feuer nach einstündiger Tätigkeit niederkämpfen. Die Rauchentwicklung war so stark, daß die Wehrleute nur mit Sauerstoffapparaten versehen gegen den Brandherd vordringen konnten.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gechart Heccmann Mostac

Wieder preschten die Worte des Rittmeisters Trübschler von Falkenstein durch die Stille: „Ich fordere zum zweitenmal auf, den Platz zu räumen. — Gewehre in Anschlag!“ Die glühende Mauer quer über die Brücke hatte plötzlich viele winzige, schwarze Löcher. Die Raupe auf dem Platz suchte, bäumte sich, wollte fortklettern — Heder-Calm hielt sie mit einer weiten Armbewegung zurück. Sie gehorchte, totentummt, ohne Verstehen. Ein klirrender Aufschlag: dem Schmiel, der starr dastand, war der Hammer entglitten. Abraham Calm riß mit Gemalt die zitternden Lippen auf. „Brüder,“ wollte er hinüberrufen zur Brücke, „schießt nicht auf eure Brüder!“ Die Worte erstarrten sich in der gewürgten Kehle, wurden zeterndes Betteln: „Meine Herren Soldaten. Se wern doch nich schießen... Sie wern doch nich schießen, Herr Leutnant...“

riß seine Träume entzwei, ein gequälter, todesängstlicher, schriller Schrei — — Nichts mehr. Er stand auf, ohne die Schmerzen in den Gliedern zu fühlen. Sah sich um. An der Tür des Regierungsgebäudes klebte etwas Blutiges, Gelbschleimiges. Der Platz war leer. Selbst wieder wie eine runde Sonne, in deren Mitte er einsam verbrannte. Aber immer noch Flecken darin, schwarz und rot. Er tappte darauf zu wie auf Inseln der Rettung. Schrie auf: „Menge! Illmer!...“ Er rief nochmals. Sie hörten ihn nicht, hoben ihre Köpfe nicht vom Pflaster, grüßten ihn nicht mit den roten Fahnen, die plötzlich alle irgendwo trugen, auf der Brust oder Stirn, die immer größer wurden, floßen — — auch eine Frau hatte den roten Wimpel — Illmer trug ihn statt des Hauptes auf dem Halse — — Da begriff er jäh. Sah die Kürassiere auf der Brücke, die Gewehre noch in Anschlag. Sah in Nebengassen die flüchtende Menge. Sah irgendwo Kniephades lange Gestalt, die ihm mit flatternden Bewegungen wie im Irrsinn winkte. Er folgte nicht. Er war sich jählings selbstverständlich in allem, was er tat. Calm hob den Kopf. Ihm schien, daß er sehr groß werde, daß seine krumme Gestalt wachse und sich dehne: daß er größer werde als die Soldaten vor ihm. Es war ihm, als seien es sehr weite, schöne, tapfere Schritte, mit denen er auf die Brücke zugeht. Seine Stimme klang ihm laut und hallend, eine Glocke, ein Geläute: „Wir sterben, wir leben für die deutsche Republik!“ Seine beiden Hände schwurten. Sein Bart flogte. „Schießt! Es lebe die Republik!“ Er sah ruhig in die fünfzig Böcher, die fünfzig dunklen Rester, aus denen fünfzig giftgebissene Tiere auf ihn zuströmen, ihn zerfressen würden. Er war jetzt auf zwanzig Schritt heran. „Los! Schießt, ihr Lumpen!“ Blühlich begann er zu zitiern: — hinter der Front, zu Kopf, hielt der Rittmeister von Falkenstein. Dessen Mund war offen, aber kein Kommando kam. Sein junger Reib warf sich lustig auf dem Pferd hin und her. Seine Augen kniffen sich vergnügt zu. Seine Zähne schimmerten weiß — er lachte — — der Rittmeister lachte... Calm begriff noch nicht. Wollte nicht begreifen. „Schießt!“ Seine Stimme bettelte fast.

Die Soldaten sahen ihn an, wie er krumm, schiefbeinig, großköpfig über das Pflaster kroch. Laten ihrem Führer nach: in lautem Gelächter zerbarst die Mauer. Die Sonne zappelte verzweifelt in den wippenden Panzern... Sie lachten... sie schossen nicht auf ihn... sie lachten über ihn — Abraham Calm sprang auf, warf sich hin, floh dann über den Platz, seine langen Arme schienen sich mit seinen kurzen Beinen zu verwirren, er sah aus wie eine flüchtige Spinne — Das Gelächter proffelte auf ihn nieder wie tausend Steine. II. 13. Der Weg zurück. Böttchermeister Kniephade trat aus seinem Hause, hielt die Torglocke mit der Hand fest, daß sie nicht läutete, und schloß die Tür behutsam. Die Rücksicht auf die Wächterin drinnen wäre nicht nötig gewesen: das Gelächter des vierzehn Tage alten kleinen Kniephades gelbte bis auf die Straße. Aber der Vater lächelte nicht. Sobald er auf der Straße stand, lenkte er den Kopf, so daß die Augen gerade ein kleines Stück Pflaster vor den Schritten sahen, und hob ihn auf dem ganzen Weg nicht wieder. Der führte zuerst über den Markt. Aber obgleich Kniephade nicht nach rechts und nicht nach links blickte, oder gerade weil er das nicht tat, sah er doch mit den angstvollen Augen seiner Phantasie alles, was es da zu sehen gab: die Kugelbeschädigungen an den Häusern, die zertrümmerte Bumpen vor dem Gashof, dessen wasserhüpfende Rogg mit erschaffen worden war, das an die Tür des Regierungsgebäudes gespritzte Hirn Illmers, das eine hohe Obertüte als warnendes Retzettel hatte leben lassen. Und auf der Brücke war die Suggestion nicht so stark, daß er fast lachen gelassen wäre, als zlehe sich eine unübersteigbare Mauer vor schimmernden Kürassen quer hinüber — aber er überwand sich, und seine hageren, hohen Beine gingen weiter, mit ganz genau gleichmäßigen, großen Schritten; auch die steile lange Gasse nahm er, als sei sie eine Ebene; seine Arme hingen steif am Körper herab, nur seine großen Hände schlenkerten in den Gelenken. Hier war er hinuntergeschritten, vor vierzehn Tagen, mit hochgeworfenem Kopf, einer unter hunderten, singend, und so leicht, und so leicht — — er trat jetzt noch gleichmäßiger: es durfte nicht schwerer sein, wieder hinauf zu gehen, es durfte nicht.

(Fortsetzung folgt.)



## Der vernachlässigte Osten.

Er erleichtert das Siedeln.

Der Osten der Reichshauptstadt ist durch den „Zug nach dem Westen“ von allen Behörden vernachlässigt worden. Die Eigenheimbesitzer und Siedler, die unter den schlechten Verkehrsverhältnissen schwer zu leiden haben, rühren sich jetzt und verlangen den so notwendigen Ausbau des Verkehrsnetzes und Erleichterungen der Bestimmungen über den Bau von Eigenheimen. Bei solchen erleichterten Bedingungen müßte es möglich sein, für die werktätige Bevölkerung im Osten zehntausende Kleinbauten zu bauen. Aber durch unhaltbare Bauvorschriften, ungerechte Verteilung der Inflationskosten und Nichtberücksichtigung beim Verteilen durch Hauszinssteuer wird das unmöglich gemacht.

In einer überfüllten Versammlung im Schützenhaus Raulsdorf forderten die Kleingrundbesitzer in einer Entschließung:

Um die Wohnungsnot zu beseitigen und die Entwicklung des Berliner Ostens mehr als bisher zu fördern, wird Abänderung der unhaltbaren Bauvorschriften von Groß-Berlin, die den Kleinhausbau vollständig zu erdroffeln geeignet sind, verlangt. Besonders wichtig ist die Herabminderung der hauptstädtischen und städtischen Gebühren und eine gerechte Verteilung der Anliegerbeiträge. Verkehrssteuern sind eine Verbindungsstraße notwendig, die von Karlshorst-Treskowallee im Zuge der Warmbader, Ilsefelder, Heerstraße über die Wuhle, nach Walsdorf durch die Wauwitzer bis zur Blumentalstraße in einer Breite führt, die die Verlängerung der Untergrundbahn von Karlshorst aus als Einbahnstraße zuläßt. Der Bau einer Brücke über die Wuhle im Zuge der Heerstraße ist ebenfalls nötig.

## Federvieh und Bienenvölker.

Auch ein Stück unbekanntes Berlin.

Wenn man einem Berliner erzählt, daß zu seinen Mitbürgern etwa 700 000 Gänse, Enten und Hühner und eine noch viel größere Anzahl der honig spendenden Bienen gehören, wird er im ersten Augenblick erlaucht den Kopf schütteln. Das Federvieh sieht er am liebsten, wenn es schön getupft, ungeschoren und gebraten auf der Mittagstafel paradiert, und auch Bienenvölker sind ihm, wenn er ihn sich spendieren kann, beim Frühstück am Sonntag nicht unangenehm. Von allen diesen nützlichen Tieren hört er, solange sie leben, wenig.

Clara Krause gibt nun in den „Berliner Wirtschaftlichen“, die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegeben werden, eine interessante Darstellung der letzten Viehzählung, die in Berlin am 1. Dezember 1928 stattfand. So ist nicht ohne Reiz, hier die einzelnen Verwaltungsbezirke zu vergleichen. Im Federvieh führt Lichtenberg mit 100 000, die weniger als 112 000 Gänse, Enten, Hühner, Truthühner oder Perlhühner sind dort beheimatet. Reinickendorf und Weihenwerder können als zweiter und dritter Nachhalter rund 70 000 beheimatete Gänse aufweisen. Hier befinden sich nämlich große Gänsezüchtereien. Die profanarischen Bezirke Kreuzberg und Friedrichshagen liegen bezeichnenderweise ganz hinten mit 5400 bzw. 4400 Stück. Im ganzen aber darf man sagen, daß unser Berliner Federviehbestand dauernd zunimmt. Gegenüber der Statistik vom 1. Dezember 1927 ist er um rund 46 000, d. h. 7 Prozent gestiegen. Allein 3146 Gänse gab es im letzten Jahre mehr! Freilich wird der größte Teil dieser beschriebenen Vögel nun schon längst geschlachtet haben und verrotten sein, denn Weihnachten und Neujahr sind ja für viele Mitbürger besonders gefeiert. Die Statistik wird stark beeinflusst durch die Bestände der Geflügelhändler und der Mastereien, die gegen das Vorjahr um etwa 42 Prozent gestiegen sind und im Verwaltungsbezirk Weihenwerder allein etwa 92 Prozent im Verwaltungs-

bezirk Lichtenberg immerhin etwa 48 Prozent des gesamten Gänsebestandes des Bezirks ausmachen. Nicht um ein Drittel ist die Zahl der Enten gestiegen. Auch von dieser Geflügelart sind bedeutende Mengen, über zwei Hundert, bei Geflügelhändlern und in Mastereien armiert worden. Dies läßt vielleicht darauf schließen, daß jenes alte Kennenwort nicht richtig ist: „Eine Ente? Für zwei zu wenig und für einen zu viel.“ In Hühnern sind einschließend der Trut- und Perthühner 640 000 Stück ermittelt worden. Das bedeutet gegenüber der Zählung vom Dezember 1927 eine Zunahme von 5 1/2 Prozent. Obwohl auch von diesen weiteren Vierfüßlern große Mengen bei Händlern und in Mastereien vorhanden sind, ist dieser Anteil im Verhältnis zu der überhaupt in Berlin vorhandenen Zahl nur gering; er wird 6 Prozent nicht weit überschreiten.

Bei den Bienenständen konnte eine Erhöhung der Zahl um 658 oder rund 21 Prozent festgestellt werden. Bis auf zwei Verwaltungsbezirke — Friedrichshagen und Zehlendorf —, in denen in einigen Fällen die Bienenzucht aufgegeben oder aus dem Verwaltungsbezirk verlegt worden ist, zeigen alle Verwaltungsbezirke zum Teil erhebliche Zunahmen. Hier führt bei weitem Reinickendorf; es weist die größte Erhöhung von 156, d. h. beinahe 82 Prozent auf, da vornehmlich in Siedlungen Bienenzucht aufgenommen worden ist.

Hoffen wir, daß die Zahl unserer geliebten Freunde und der Honig spendenden Insekten weiter zunimmt!

## Wohin mit den alten Matratzen?

Vorsicht vor dem Abladen an verbotenen Stellen.

Zu den Dingen, mit denen man überhaupt nichts mehr anfangen weiß, gehören offenbar die Matratzen und alten Bettstellen. An den unmöglichsten Stellen sind diese alten ausgebeuteten Stücke zu finden. Und in der Tat weiß wenn es wirklich so weit ist, niemand, wo er mit diesen unangenehmen Dingen, die jeder Zerstückelung trugen, hin soll. Also wird in verbotenen Räumlichkeiten auf einen Wagen geladen und eine heimliche Fahrt in abgelegenes Gelände angetreten. Im Waldpark oder auf einer Wiese oder wohl gar in einer umzäunten aber nicht benutzten Parkzelle wird das Ding abgeladen und am anderen Tag sehen die Spaziergänger, daß unbekanntes Heimgelächter auf merkwürdige Art zur Verschönerung der Natur beigetragen haben. Mit altem Koch- und anderen Geschirr, Töpfen geht es ebenso.

Darüber ist den für die Sauberhaltung der Natur verantwortlichen Römern im Bezirksamt Köpenick die Galle übergegangen und sie haben folgenden Was entlassen, und zwar, wie man sagen muß, mit Recht:

„In letzter Zeit ist wiederholt festgestellt worden, daß Beden- schutt, alte Matratzen usw. an den verbotenen Stellen, namentlich in den Wäldern, unberücksichtigt abgeladen worden sind. Das Bezirksamt Köpenick wird in Zukunft alle Personen, die dabei angetroffen werden zur Anzeige bringen. Anträge auf Genehmigung zum Abladen aller nicht unter das Ortsgebot über die Müllbeseitigung in Berlin fallenden Abfälle auf die hierzu freigegebenen Plätze sind an die Berliner Müllabfuhr A. G. zu richten.“

Bereits vor zwei Jahren hatte sich der Magistrat der Stadt Berlin, um dieser Unsitte zu begegnen, entschlossen, solche Gegenstände durch die städtische Müllbeseitigung gegen Entrichtung von 50 Pf. für das Stück abholen zu lassen. Eine Abholung der Gegenstände aus der Wohnung konnte aus betriebstechnischen Gründen und mit Rücksicht auf das geringfügige Entgelt nicht erfolgen. Der Magistrat teilt nun mit, daß die städtische Müllbeseitigung bereit ist, solche Gegenstände auch aus den Wohnungen abzuholen gegen Zahlung eines Zuschlages von 1 Pf. für das Stück. Anträge auf Abholung sind, wie bisher, an die Berliner Müllabfuhr A. G., Berlin C 2, Burgstraße 1, zu richten. Für den Bezirk Spandau kommt die Müllbeseitigung,

Kathanz, Postzeigebäude, Zimmer 106, und für den Bezirk Wilmersdorf das Bezirksamt Wilmersdorf, Müllbeseitigung, Fortenbedstraße 2-4, in Betracht. Bis auf weiteres kommt für die Abholung in Charlottenburg noch das Bezirksamt Charlottenburg, Wilmersburger Str. 21, und für Schöneberg die Schöneberger Müllindustrie A. G., Schöneberg, Königsplatz 25-30, in Betracht. Voraussichtlich geht aber vom 1. April 1929 ab die Zuständigkeit für Charlottenburg und Schöneberg auf die Berliner Müllabfuhr A. G., C 2, Burgstraße 1, über.

## Bauarbeiterschuh.

In einer großen öffentlichen Kundgebung hat auch die Bauarbeiterschuhkommission im Rahmen der Reichsunfallkommission ihre wertvolle Aufklärungsarbeit fortgesetzt.

Der Bauhandwerker muß in seinem schweren Beruf immer wieder auf die Gefahren der schlechten Rüstung und des schlechten Leitermaterials hingewiesen werden. Wie oft schon sind allein dadurch, daß aus alten Brettern die verrosteten Läger nicht herausgezogen wurden, Bauhandwerker arbeitsunfähig geworden. Den großen Saal des Saalbau Friedrichshagen zeigte am Sonntag vormittag die Berufsgenossenschaft des Baugewerbes und die Bauarbeiterschuhkommission in Lichtbildern und Filmvorführungen die Notwendigkeit von Unfallverhütungsvorkehrungen. Die Kundgebung eröffnete ein kurzer Vortrag des Vertreters der Bauarbeiterschuhkommission. Dann zeigte der technische Beirat der Berufsgenossenschaft Borath in Lichtbildern, daß die größte Zahl der Unfälle sich vermeiden lasse, wenn die Bauarbeiter überall abheften, mit unsicherm Material zu arbeiten und keine Rüstung bestiegen, die nicht genügend Sicherheiten bietet. Sanitätsrat Dr. Rotenberg gab aus seiner langjährigen Praxis als Unfallarzt einige Beispiele, wie Menschen allein dadurch gerettet wurden, weil Berufskollegen im Samariterdienst ausgebildet waren und sofort eingreifen konnten. Er verlangte, daß in jedem Betriebe eine Anzahl Arbeiter Samariterkurse mitmachen sollten, das würde für die Gesamtbelegschaft vom großem Wert sein. Die arzte hülle erzieht keinen Arzt, sie verhindert aber die unsachgemäße Behandlung des Benutzers.

Leider war die Veranstaltung nicht gut besucht, die ausgezeichneten Vorträge hätten einen größeren Zuhörerkreis verdient.

## Das Freibad am Müggelsee.

Die letzte Bezirksversammlung des 16. Bezirks verabschiedete in kurzer Beratung eine Anzahl weittragender Beschlüsse. Den übrigen Teil der 3 1/2 stündigen Sitzung füllten die von den Kommunisten programmgemäß inszenierten Erwerbslosen- und Arbeitsförderungsanträge aus. Auch in Köpenick daselbst Theater wie überall, nur konnten die Demonstrationsanträge in einem sachlich zu vertretenden Antrag zusammengefaßt werden. Die Kommunisten stimmten dagegen und damit gegen ihre eigenen Anträge. Genosse Talsdorf warnte sich anfänglich einer anderen Debatte mit Rücksicht gegen die Liebung der Kommunisten, jede nebenläufige Vorlage zum Anlaß politischer Reden zu nehmen, lediglich um unsere Partei mit kommunistischem Unrat zu beudeln. — Der Wiederaufbau der niedergebrannten Freibadgebäude am Müggelsee, die Übernahme des Freibades Grünau durch die Stadt und dessen Ausbau wurde beschlossen, ebenso der Erweiterungsbau der 4. und 5. Volksschule in Köpenick mit einem Kostenaufwand von 900 000 M. sowie der Ausbau der Walsdorfer Straße in Köpenick und der Köpenicker Straße zu einer Zufahrtstraße großen Stils nach Friedrichshagen.

# Jeder Wurf gewinnt!



**2** Fahnenbilder  
der  
**England-**  
**Serie Nr. 76**  
und hieran anschließend alle  
noch nicht erschienenen  
Bilder liegen jetzt in den  
**10-Stück-Packungen**  
**CAID** mit Goldmundstück **5 Pf.**  
**Massary Privat** ohne Mundstück / dick / rund **4 Pf.**

Das künstlerisch ausgestattete  
**Sammelalbum**  
„Wer nennt die Länder — kennt die  
Fahnen?“ ist zum Preise von **RM 1.50**  
in allen Tabakwaren-Spezialgeschäften  
erhältlich

# Der Staat im Wohnungsbau.

Jahresbericht der Deutschen Bau- und Bodenbank A. G.

Dem gestern besprochenen Geschäftsbericht der Preussischen Landesbank folgt heute der Jahresbericht der Deutschen Bau- und Bodenbank A. G. Die Deutsche Bau- und Bodenbank A. G. wird vom Reich fast voll beherrscht, befindet sich fast vollständig im öffentlichen Besitz und hat in erster Linie die Aufgabe, für das ganze Reich als Instrument der öffentlichen Wohnungswirtschaft jene Baugelder bereitzustellen, die zum Bauen erforderlich sind, bevor Hypothekendarlehen endgültig zur Verfügung stehen. Für die nicht preussischen Gebiete ist der Deutschen Bau- und Bodenbank eine Hypothekendarlehenbank angegliedert, die Deutsche Hypothekendarlehenbank, die Pfandbriefe verleiht und langfristige Hypothekendarlehen gewährt. Die Bankkreditgewinne des Reiches, die für 200 bzw. 250 Millionen Zwischensummen dem Institut die Reichsbürgschaft gewähren, sind natürlich für das Institut eine wesentliche Förderung.

Die Entwicklung der Deutschen Bau- und Bodenbank im vergangenen Jahre muß für mich genannt werden. Im Hauptgeschäft, in der Gewährung von ausschließlich vom Geldmarkt aufgenommenen Zwischensummen, erhöhte sich die Kreditsumme in einem Jahre von 36,4 auf 119,4 Millionen Mark; das ist mehr als eine Verdreifachung. Darüber hinaus waren am 31. Dezember zugesagt, nur noch nicht ausgezahlt, Kredite im Betrage von 40 Millionen Mark. Rund 40000 Wohnungen wurden durch die Beschaffung von Zwischensummen gefördert. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 51 auf 162 Millionen; der Umsatz stieg von 0,80 auf 2,4 Milliarden. Die Einnahmen aus Zinsen, Provisionen und Wertpapiergewinnen stiegen von 1,37 auf 3,08 Millionen, wobei sich die Verluste ohne Abschreibungen von 0,52 auf 0,89 Millionen erhöhten, so daß ein mit 2,01 gegen 0,76 Millionen fast dreifacher Reingewinn ausgewiesen werden kann. Dabei ist anzunehmen, daß außer der offenen Reserveerhöhung um 1,12 Millionen Mark auch stille Reserven gebildet worden sind. Auf das von 12,8 auf 24,3 Millionen erhöhte Kapital — die neuen Aktien wurden fast voll vom Reich übernommen — wird die bei gemauerten Instituten begrenzte 5prozentige Dividende aus dem Gesamtgewinn verteilt. Als neue Aktionäre sind Bayern und Oldenburg, die Deutsche Grenzbank und die Bayerische Handelsbank mit kleineren Beträgen hinzugesetzt.

Dem eigentlichen Geschäftsbericht wird auch von der Deutschen Bau- und Bodenbank ein wertvoller Ueberblick über das vergangene Baujahr, die Verhältnisse in der Wohnungswirtschaft und auf dem Kapitalmarkt vorangeschickt. Auch die Deutsche Bau- und Bodenbank beurteilt die Finanzierungsmöglichkeiten des neuen Baujahres nicht optimistisch und betont, daß ohne die Hinzunahme wesentlicher Zustandskapitalien der Wohnungsbau die erforderliche Förderung kaum erlangen werde. Die Notwendigkeit der Hauszinssteuer mittel für den Wohnungsbau mit ihren erheblich niedrigeren Zinssätzen wird nachdrücklich unterstrichen: „Ohne die günstigen Zins- und Tilgungsbedingungen der öffentlichen Bauzinsarten ist die Festlegung von Rieten, die für die Einkommenshöhe der Bevölkerung noch tragbar sind, nicht möglich. Bei den außerordentlich hohen Zinssätzen der zweifelligen Beschaffung aus Mitteln des allgemeinen Geldmarktes würden sich ohne diese Hilfe der öffentlichen Hand heute Rieten in Höhe von 300 Proz. der Friedensmiete ergeben.“

Ueber die Zinspolitik wird gesagt, daß die Bank auch im Berichtsjahre im Interesse des Wohnungsbaus ihre Zinssätze möglichst niedrig zu halten gesucht habe. Wenn wir dazu hören, daß Zinssätze von 9 bis 10 Proz. der Bau- und Bodenbank Zinssätzen von mehr als 12 Proz. bei Privatbanken für Zwischensummen gegenüberstehen, auf der anderen Seite aber die mindestens verdreifachte Höhe der tatsächlichen Gewinne bei Bau-Boden banken betragen, so dürfte sich die erforderliche Abhilfe möglichst geringer Zinsforderungen wahrscheinlich noch stärker verwirklichen lassen als bisher.

Daß auch sonst gute Arbeit geleistet zu sein scheint, ergibt sich aus der Tatsache, daß trotz nicht unerheblicher Vermehrung des Personals das Verhältnis der Unkosten zum Gesamtumsatz gegenüber 1927 von 0,06 auf 0,03 Proz. gesunken und gegenüber 1926 sogar auf ein Viertel zurückgegangen ist.

## 300 000 Wohnungen 1928.

In 93 berichtenden Groß- und Mittelstädten war nach dem statistischen Reichsamt der Reinzugang an Wohngebäuden mit 30 261 um 12 Proz. größer als im Vorjahre, wobei der Reinzugang in den Großstädten größer war als in den Mittelstädten. Nach einer Zusammenstellung des preussischen Wohlfahrtsministeriums wurden 1928 in sämtlichen Gemeinden Preußens etwa 185 500 Wohnungen ohne Umbauten gegenüber 176 200 Wohnungen im Vorjahr fertiggestellt. Auf Grund der preussischen Angaben und des Ergebnisses der monatlichen Ermittlungen in sämtlichen Groß- und Mittelstädten kann man schätzungsweise annehmen, daß der gesamte Reinzugang an Wohnungen im Deutschen Reich sich 1928 auf etwa 300 000 belaufen dürfte.

Damit ist nicht nur der laufende Bedarf, sondern auch ein Teil des Fehlbedarfs gedeckt worden. Ein Ergebnis, das man für 1928 nicht erwartet hatte.

## Die armen Braunkohlenherren.

Gewinne immer fester. — Dazu Preiserhöhungen. — Aber um Löhne mußte gestreift werden.

Nicht nur die Braunkohlen-Ind., die neueste Domäne des Herrn Ignatz Betsch, hat im letzten Jahre ihre Gewinne erheblich steigern können; das gilt auch für die Lausitzer Braunkohlenwerke des sächsischen Kohlenmagazins, die Niederlausitzer Kohlenwerke U. G.

Die Gesellschaft, deren Hauptbetriebe im Spremberger Revier liegen, weist für 1928 einen von 9,2 auf 10,4 Mill. RM. erhöhten Betriebsüberschuss aus, während dieser mehr als zehnprozentige Steigerung gegenüber die Generaluntkosten sich nur um 4 Proz. erhöhten. Der Reingewinn, der wie in den beiden letzten Jahren mit 2,7 Millionen ausgewiesen wird, und von dem auch wieder die gleich hohe Dividende von 10 Proz. verteilt wird, ist wie schon im letzten Jahr, künstlich stabilisiert, d. h. die tatsächlichen Reingewinne sind in die Abschreibungen auf die Wertanlagen gesteckt worden, die um fast dreierlei soviel Millionen auf 8,2 Millionen heraufgeschraubt wurden.

In welchem Maße der Braunkohlenbergbau durch Abschreibungen seine Kapitalhaltung verbessert, wird bei diesem Konzern daraus ersichtlich, daß 1928 je gefördertem Tonne Braunkohle noch 62 Pf. im folgenden Jahr bereits 64,5 Pf., im letzten Betriebsjahr sogar 70 Pf. abgeschrieben wurden. Damit hat die Gesellschaft erreicht, daß ihre gesamten Kohlenfelder und Wertanlagen, die im Jahre 1926 mit 22,5 Millionen bewertet wurden, in der Bilanz von 1928 nur noch mit rund 20,5 Millionen zu Buche stehen, obwohl allein in den letzten beiden Jahren rund 6,5 Millionen neu

# Mr. Sloan verkauft für 7 Milliarden Autos

Alein der Reingewinn der General Motors könnte die halbe Reparationslast decken

Die General Motors Corporation, die ersthaft dabei ist, die Opel-Werke für 120 Mill. Mk. zu kaufen, ist die größte Automobilfirma der Erde. Ihr Sitz ist, wie bei der Ford Motor Company, Detroit. Detroit ist eine der jüngsten Millionenstädte der Vereinigten Staaten und verbannt die rapide Entwicklung der letzten Jahre hauptsächlich dem Aufschwung der amerikanischen Autoindustrie. Vor 100 Jahren war es noch ein kleines Städtchen von etwa 2000 Einwohnern, um 1850 waren es 100 000, nach der Zählung von 1920 926 000, eine Ziffer, die inzwischen erheblich überschritten sein dürfte. In dieser Stadt Detroit hat die General Motors Corporation (wörtlich: „Allgemeine Motoren-Gesellschaft“) ein langausgedehntes, aus vier riesigen Flügeln bestehendes, 16 Stadthöhen Verwaltungsgebäude, und auch eine große Zahl der Fabrikgebäude dieses Konzerns liegt in dieser Stadt. Weitere Fabriken sind über verschiedene Gebiete der Vereinigten Staaten verstreut.

## Aufbau und Organisation.

General Motors stellt Automobile aller Art her, ganz billige und ganz teure (bekannte Marken sind z. B. Buick, Cadillac, Chevrolet, Pontiac) — im Gegensatz zu Henry Ford, der sich fast ausschließlich auf einen einzigen Typ beschränkt. Die meisten Einzelteile werden — wie bei Ford — in eigenen Anlagen hergestellt, so z. B. Motoren, Metallteile aller Art, Glasarbeiten, elektrische Anlagen, Bergwerke u. a.

General Motors hat eine großzügige Organisation für die Absatzfinanzierung (General Motors Acceptance Corporation), eine eigene Versicherungsgesellschaft gegen Feuer und Diebstahl (General Exchange Insurance Corporation) und eine ganze Reihe spezieller Zustandsgesellschaften. In 19 Ländern Europas, Südamerikas und des fernen Ostens besitzt die General Motors über eigene Verkaufsgesellschaften, meist mit Montagewerkstätten verbunden, die verschieden groß sind und teilweise Tausende von Arbeitern beschäftigen. Im Jahre 1928 kam auf die europäischen Montagewerkstätten allein ein Umsatz von 100 Millionen Dollar.

In allerletzter Zeit scheint die General Motors dazu überzugehen, führende Auslandsfirmen aufzukaufen. In verschiedenen europäischen Ländern fanden Verhandlungen mit der jeweils größten Automobilfabrik statt, in Ungarn mit der ungarischen Allgemeinen Motorenfabrik A. G., in Italien mit der Fiat, in Frankreich mit Citroën, in Deutschland mit Opel. Diese Absicht ist wohl in erster Linie eine Konkurrenzmaßnahme gegen das Niederlassungsrecht der Ford Motor Company. Ingesamt sind gegenwärtig von der General Motors bereits 65 Millionen Dollar (225 Millionen Mark) in ausländischen Anlagen verschiedener Art angelegt.

## Finanzen und Entwicklung.

Werfen wir nun einen Blick auf die gewaltige Kapitalkraft dieser Gesellschaft. Das Aktienkapital besteht aus 435 Millionen Dollar Stammaktien und 135 Millionen Dollar Vorzugsaktien, zusammen 570 Millionen Dollar oder fast 2,4 Milliarden Mark. Demgegenüber sind die Opelwerke mit ihren 60 Millionen Mark Aktienkapital ein Zwerg. Vergleichsweise sei noch bemerkt, daß täglich etwa 160 Opelwagen hergestellt werden, während jetzt General Motors 8000 Wagen täglich produziert.

Präsident der Gesellschaft ist seit Jahren Mr. Alfred P. Sloan, ursprünglich Ingenieur, der sich schon in jungen Jahren dem Automobilbau zuwandte. Im Herbst 1926 war er in Europa und auch in Deutschland, um hier die Entwicklungsmöglichkeit des Autoablasses mit eigenen Augen zu studieren; es hieß bereits damals, daß er die Absicht habe, eine große deutsche Automobilfabrik aufzukaufen.

Die General Motors Corp. gehört zum Interessentenkreis des westdeutschen Bankhauses J. P. Morgan u. Co., dessen Chef jetzt in Paris die Drähte zieht. Ferner bestehen intime Beziehungen zwischen der General Motors und dem größten amerikanischen Chemiekonzern DuPont de Nemours. Schließlich arbeitet die General Motors Corp. eng mit der General Electric Company zusammen, der ebenfalls zum Interessentenkreis von J. P. Morgan gehörenden größten elektrotechnischen Firma der Vereinigten Staaten. Weiterhin ist General Motors — als größter Gummireifen-

verbraucher — an den größten amerikanischen Gummikonzerne interessiert. Einige Ziffern mögen die rapide Entwicklung der erst 1919 gegründeten Gesellschaft veranschaulichen:

Jahr	Arbeiterzahl	produzierte Wagen	ins Ausland exportierte Wagen	Umsatz in Mill. Doll.	Reingewinn in Mill. Doll.
1900	—	—	—	29	0,1
1917	25 400	—	—	268	38,9
1918	91 300	799 000	45 000	698	62,0
1925	83 800	826 000	101 000	735	106,4
1926	130 000	1 235 000	119 000	1 058	176,0
1927	175 700	1 563 000	194 000	1 270	239,3
1928	208 000	1 811 000	290 000	—	—

Der Autoablass hat 1926, wie man mit ziemlicher Sicherheit schon jetzt feststellen kann, den Wert von anderthalb Milliarden Dollar erheblich überschritten, er betrug also etwa 6 bis 7 Milliarden Mark; der Reingewinn (!) dieser einen Gesellschaft ist somit halb so groß wie die deutsche Reparationslastleistung.

Gewaltig im Vergleich mit deutschen Verhältnissen sind auch einige Einzelposten der letzten Bilanz. So wurden z. B. Kasse und Bankguthaben in Höhe von 132 Millionen Dollar (fast 530 Millionen Mark) ausgewiesen; der Wert der Grundstücke, Fabriken und Maschinen wurde mit 480 Millionen Dollar (über 2 Milliarden Mark) angegeben. Der breite finanzielle Rückhalt (J. P. Morgan und andere nabefolgende Banken) ist es, der diese Entwicklung vor allem ermöglicht hat, natürlich unter der Voraussetzung des, Vergleiches mit Europa, hohen Lebensstandes eines großen Teils der amerikanischen Bevölkerung.

## Der Konkurrent Ford.

Der Erfolg des größten Konkurrenten der General Motors, der Ford Motor Co., die ohne einen solchen Finanzkapitalistischen Rückhalt ihre Produktion aufbaute, basierte zunächst auf dem Gedanken, der amerikanischen Bevölkerung einen verhältnismäßig sehr billigen Wagen zu liefern. Als der Sättigungsgrad für dies Produkt erreicht war, stellte Ford sich auf ein etwas besseres Modell um. Zurzeit ist zwar Henry Ford nicht mehr der größte Autoproduzent, wie er das eine Reihe von Jahren gewesen ist, scheint aber auf dem besten Wege zu sein, wieder der größte zu werden. Vor der Umstellung auf das neue Modell, die 1927 erfolgte, betrug die höchste Tagesproduktion bei Ford etwa 8000, Ende 1927 wurden von dem neuen Modell noch nicht 1000 täglich hergestellt, heute aber bereits wieder 7000 Wagen; in absehbarer Zeit sollen 10 000 bis 11 000 pro Tag erreicht werden. Während um die Jahreswende 1927/28 der Anteil Fords an der amerikanischen Autoproduktion erst 2 bis 3 Proz. ausmachte, waren es um die Jahreswende 1928/29 bereits wieder 30 Proz.

Henry Ford hat — weil ohne Aufsichtsrat und Bankenkonzern — einmal eine größere Beweglichkeit, denn eine viel-molettergehende Rationalisierung der Produktion, weil er im Gegensatz zu General Motors nur ein Modell herstellt, endlich einen ganz anderen kapitalistischen Aufbau. Das Aktienkapital der Ford Motor Co. ist äußerlich gering; es beträgt nur 17,26 Mill. Dollar (rund 70 Millionen Mark); die Ford-Gesellschaft verfügt aber über mächtige aufgeschobene Gewinne (die nicht verzinst zu werden brauchen) in Höhe von mehr als 600 Mill. Doll., d. h. mehr als 2 1/2 Milliarden Mark. Der Wert der Grundstücke, Betriebe und Maschinen beträgt nach der Bilanz für Ende 1927 etwas über 310 Mill. Dollar.

Im Gegensatz zu Henry Ford, bei dem die erzielten Gewinne größtenteils im Betrieb bleiben, mußte die General Motors Corp. im Jahre 1927 rund 600 Mill. Mark, nämlich 144 Mill. Dollar Dividende, an ihre Aktionäre ausschütten.

Diese beiden amerikanischen Firmen decken zusammen mehr als 80 Proz. des amerikanischen Bedarfs und den größten Teil des Weltbedarfs an Automobilen. Beide Gesellschaften sind, wie in scharfer Konkurrenz miteinander, damit beschäftigt, sich alle wichtigen Absatzmärkte der Erde zu sichern. Im Jahre 1926 wurden, notwithstanding von diesen beiden Firmen, aus den Vereinigten Staaten 307 000 Kraftwagen im Werte von 523 Mill. Dollar (2,2 Milliarden Mark) exportiert. Der Wert allein dieses Exportwertes kommt also der jährlich von Deutschland zu leistenden Reparationssumme recht nahe.

## Bausparverträge der Sparkassen.

Das Zwecksparen zur Sicherung von Eigenheimen wird jetzt auch offiziell von den deutschen Sparkassen gefördert, die sehr lange Zeit die Gründung von Bausparvereinen aus Konkurrenzverweigerung bekämpft haben und von denen in erster Linie für die Bausparvereine die Einführung einer staatlichen Kontrolle zum Schutz der Bausparer gefordert worden ist. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, daß die Tätigkeit öffentlicher Sparkassen auf diesem Gebiet mit den den Sparkassen innewohnenden schärferen Kontrollen und höheren Sicherheitsgarantien einer Bewegung nur dienlich sein kann, die vorhanden ist und auch eine ziemlich starke Ausdehnung gewonnen hat.

Bei diesen Bausparvereinen handelt es sich darum, daß regelmäßige Einzahlungen auf der Grundlage von Sparverträgen gemacht werden, daß durch das Los die Bausparzeit für die Erlangung des Eigenheims bestimmt wird und daß zusätzliche Kredite die Errichtung des Eigenheims fördern, Kredite, die ebenfalls wie die Sparbeiträge monatlich in festbestimmten Beträgen gezahlt werden müssen. Auf die vom Verwaltungsrat der Deutschen Girozentrale in dieser Richtung gefassten Beschlüsse, zu denen bei der demnächst stattfindenden Bilanzsitzung der Girozentrale wahrscheinlich näheres authentisch ausgeführt werden wird, werden wir demnächst noch ausführlicher eingehen.

Lebenshaltung im Februar durch Frost verteuert. Die Reichsstatistik für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 154,4 gegenüber 153,1 im Vormonat. Diese Steigerung ist hauptsächlich auf erhöhte Gemüse- und Kartoffelpreise zurückzuführen. Die Indizes für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 155,7, für Wohnung 125,4, für Heizung und Beleuchtung 151,8, für Bekleidung 172,5, für den „Sonstigen Bedarf“ einschließlich Bekleidung 191,4.

20 Proz. Dividende für Kaffeeapparate. Daß sich mit Kaffee- und Kaffeeapparaten ein Bombengeschäft machen läßt, zeigt der Abschluß der Berliner Kaffee-Bücherei U. G. in Tempelhof, die ihre Dividende für 1928 von 16 auf 20 Proz. erhöhte.

Ueber die Liquidation von Liquidationsplandbriefen berichtet die Preussische Zentralbodenkredit-A. G. im heutigen Angeigenteil.

in die Betriebe gesteckt wurden, deren Bezahlung voll aus eigenen Ueberflüssen erfolgte.

Trotz dieser glänzenden Entwicklung seiner Kohlenruben verkauft Herr Betsch in keinem Bericht, gegen die letzten Lohnrückstellungen der Braunkohlenarbeiter und -angestellten Sturm zu laufen, wobei er sich sogar zu der bei diesen Gewinnen fast tödlich anmutenden Behauptung verleiht, daß die Wirtschaftlichkeit seiner Betriebe durch diese neuen Belastungen „untergraben“ würde. Er läßt sich nicht im geringsten durch die sehr beweiskräftigen Absicht- und Produktionsziffern seiner Unternehmungen stören. So ist z. B. bei den Niederlausitzer Werken die Braunkohlenförderung in den letzten drei Jahren, von 6,8 auf 7,4 Millionen Tonnen, also um etwa 9 Proz. gestiegen, während sich der Betriebsversuch nach Abzug der Löhne in der gleichen Zeit von 8,6 auf 10,4 Millionen, also um mehr als 20 Proz. erhöht hat.

Da das ostpreussische Braunkohlenyndikat, in dem Herr Betsch die erste Geige spielt, erst kürzlich eine neue Preiserhöhung für Braunkohlenvertriebs durchgesetzt hat, werden sich die Ertragsziffern im laufenden Jahr noch mehr verbessern. Immer festere Gewinne, dazu Preiserhöhungen, um bessere Löhne mühe aber jederzeit aufs schmeröseste gekämpft werden.

## Nach der Weihnachtsskonjunktur.

Zentralverband deutscher Konsumvereine im Januar.

Der Umsatz je Mitglied ging im Zentralverband deutscher Konsumvereine im Januar gegenüber dem Dezember 1928 um 1,34 RM. von 10,28 auf 8,89 RM. zurück. Das ist die übliche Erscheinung im Laufe des Weihnachts- und Neujahrsestes. Im Januar 1928 betrug der Rückgang sogar 2,69 RM. Das sagt daran, daß der Dezember 1927 außerordentlich höhere Umsätze brachte als der Dezember 1928, der schon unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse litt. Refürsich zeigen alle Verbände eine Abnahme.

Gegenüber dem Januar 1928 stieg der Zentralverbandsdurchschnitt um 1,44 RM., während die Steigerung im Dezember 1928 nur 60 Pf., im Januar 1928 dagegen 1,57 RM. betrug. Das Ergebnis ist also in Anbetracht der gewaltigen Arbeitslosigkeit ein außerordentlich günstiges. Ueber diesem Durchschnittsmehrumsatz standen der mitteldeutsche Verband mit 1,60 RM., der ostdeutsche mit 1,54 RM., der sächsische mit 2,51 RM. und der thüringische mit 1,96 RM.



An die AfA-Betriebsräte Berlins!

Mit dem 1. Mai d. J. verlieren die vom Ortsrat Berlin des AfA-Bundes ausgestellten, mit dem Jahresstempel „28“ versehenen Betriebs- und Angestelltenratsausweise ihre Gültigkeit.

Auch Betriebsräte, deren Zusammensetzung die gleiche wie im Vorjahre geblieben ist, wollen ihre Wahl wieder dem Ortsratteil melden, — einmal um die neuen Ausweise zu erhalten und zum anderen, damit dem Ortsratteil des AfA-Bundes am Schlusse des Jahres ein Gesamtblick über das Ergebnis der Betriebsratswahlen in den Groß-Berliner Betrieben für die AfA-Berlinverbände zugänglich ist.

Diejenigen AfA-Betriebs- und Angestelltenratsmitglieder, deren Amtsperiode über den 1. Mai d. J. hinausreicht, also vielleicht bis zum Herbst 1929 läuft, haben ihre Ausweise dem Bureau des Ortsratteils zu übermitteln.

Weiter wird darauf aufmerksam gemacht, daß Material, welches die Wahlvorschriften enthält, sowie Wahlauschreiben, Vorschlagslisten, Bekanntmachungen für die Wahlergebnisse

umsonst beim Ortsratteil zu haben sind. Spezialflugblätter für einzelne Betriebe, in denen AfA-Betriebsräte gewählt werden sollen, sind unter Angabe eines Manuskriptes mindestens 14 Tage vor dem Wahltag bei einer Berliner AfA-Gewerkschaft anzufordern.

Auch ein allgemeines AfA-Wahlpropagationsflugblatt ist bereits erschienen und in der Geschäftsstelle des Ortsratteils sowie bei allen Berliner Geschäftsstellen der AfA-Gewerkschaften umsonst zu haben.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortsratteil Berlin. Platau.

Der Branchenleiter gab dann noch die Absichten der Innung bekannt, die sich mit dem Gedanken der Gründung einer Innungs-Krankenkasse beschäftigt und die ohnehin bestehende Zersplitterung im Krankenkassenwesen Berlin noch vergrößern wollen.

Die Versammelten waren über die Absichten der Innungsmeister sehr empört und gaben in einer einstimmig angenommenen Entscheidung ihren Willen kund, in der bedeutend leistungsfähigeren Ortskrankenkasse zu verbleiben.

England und das Achtstunden-Abkommen. Warum es nicht ratifiziert.

London, 28. Februar. Arbeitsminister Steel-Ratland erklärte am Mittwoch im Unterhaus, er sei stets Befürworter des Washingtoner Achtstundenabkommens gewesen, aber einige Punkte des Abkommens seien zu unbestimmt gefasst und müßten in eine bestimmtere Form gebracht werden.

Der Minister teilte mit, daß er selbst als Unterzeichner der Londoner Vereinbarung an der Konferenz des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes am 11. März in Genf teilnehmen werde, um die Gründe genau auseinander zu setzen, aus denen die britische Regierung eine Revision wünsche.

Wenn es so vieler Jahre bedürfte, bis die englische Regierung mit ihren Gründen für eine Revision des Washingtoner Abkommens herauskommt, dann muß schon die Frage aufgeworfen werden, wie lange es denn eigentlich noch dauern soll, bis es zu der gewünschten „Revision“ und schließlich zur Ratifizierung der Washingtoner Achtstundentagekonvention kommt?

Spanien will ratifizieren!

Das Internationale Arbeitsamt teilt mit, daß Spanien das Washingtoner Achtstunden-Abkommen bedingt ratifiziert habe. Spanien ratifizierte das Inkrafttreten seiner Ratifikationen von demjenigen Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens abhängig.

Wahlung, 200. Wahlberechtigte: Wichtige Bezirks-Funktionärversammlungen: 1. Bezirk: Montag, 4. März, eine Stunde vor der Bezirksversammlung im Versammlungssaal; 2. Bezirk: Sonntag, 3. März, 9 1/2 Uhr, bei Schlegel, Pflanzweg 35; 3. Bezirk: Sonntag, 3. März, 9 1/2 Uhr, Weg, Pflanzweg 35; 4. Bezirk: Sonntag, 3. März, 18 1/2 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47 (alte Schornsteinstraße); 5. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, Schürmeyer, Pflanzweg 35; 6. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, Weg, Pflanzweg 35; 7. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47; 8. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47; 9. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47; 10. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47.

Wahlung, 200. Wahlberechtigte: Wichtige Bezirks-Funktionärversammlungen: 1. Bezirk: Montag, 4. März, eine Stunde vor der Bezirksversammlung im Versammlungssaal; 2. Bezirk: Sonntag, 3. März, 9 1/2 Uhr, bei Schlegel, Pflanzweg 35; 3. Bezirk: Sonntag, 3. März, 9 1/2 Uhr, Weg, Pflanzweg 35; 4. Bezirk: Sonntag, 3. März, 18 1/2 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47 (alte Schornsteinstraße); 5. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, Schürmeyer, Pflanzweg 35; 6. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, Weg, Pflanzweg 35; 7. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47; 8. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47; 9. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47; 10. Bezirk: Sonntag, 3. März, 19 Uhr, bei Seipke, Kronprinzenstr. 47.

Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Deute, Freitag, 19 1/2 Uhr, lösen die Gruppen: Juppelpfad; Gruppen beim Jugendheim des Bezirksamts Wedding, Lützen, Eduardstraße, Daimlerstraße, Kampffeldstraße, Verbandshausstraße. — Choralabend: Gruppen beim Jugendheim Correnz, 80. Fortzug; Der Aufbau der deutschen Gewerkschaften. — Werbung: Gruppen beim Jugendheim Schule Sonnenbergstr. 19. Daimlerstraße, Festspielabend, Eintritt nur mit Verbandsbuch und Heimeschein. — Hermannplatz: Gruppen beim Jugendheim Sandbergstr. 11, Eduardstraße, Daimlerstraße, Eduardstraße, Ernst Heimeschein und Verbandshaus mit. — Eiben, Schürmeyer, Jugendheim Wasserstraße, 3. Eing. und Festspielabend. — Daimlerstraße: Schule Sonnenbergstr. 19. Beginn des 2. Ratifikationsjahres: „Wirtschaftswörter“ — Wirtschaftswörter. — Werbung, Hermannplatz: Am Sonntag, 3. März, um 19 Uhr, veranstaltet die Freie Gewerkschaftsjugend im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Fortzug, 11. einen Volksabend. Das sinnliche Wortspiel, veranstaltet auf dem finnischen Ratifikationsjahr am Sonntag, 3. März, im Hof des Volkshauses Ost-Südwest, Unter den Eichen 10/11. Eintritt 10 Pf. Beginn 19 1/2 Uhr. Karten sind bei den Funktionären und an der Kasse zu haben.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Knoeffellen

Deute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Vorkurs-Knoeffellen Jugendheim, Südstr. 14 (großes Zimmer). — Sozialpädagogik. — Oberleiter: Jugendheim Kaufmannstr. 2. Fortzug: Wir und die anderen Angehörigen der Knoeffellen. — Leiterin: Otto Kamm. — Südwest Jugendheim, Berlin-Blumenstr. 7-10. Daimlerstraße. — Werkstatt und Arbeit Jugendheim, Daimlerstraße 1-4. Berufshilfliche Arbeitsgemeinschaft.

Rundfunk im Dienste der Arbeitnehmer.

Fortschritt sollen Funkprüfungen der Berliner Arbeitssachverständigen mit dazu beitragen, die Arbeitnehmer über wichtige Einzelheiten des Arbeitsmarktes laufend zu unterrichten. Während der Kapital- und Warenmarkt schon frühzeitig organisiert wurden, ist die Organisation des Arbeitsmarktes, des wichtigsten Marktes für den weitesten großen Teil des Volkes, erst in den letzten Jahrzehnten in Angriff genommen worden.

Bezirkstag der Wertmeister.

Der Bezirk X (Berlin) des Deutschen Wertmeisterverbandes hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus seinen Bezirkstag ab. Nach einem instruktiven Vortrag des Verbandsvorsitzenden Buchmann über „Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen“ und einem kurzen Bericht des Bezirksvorsitzers Kuhl über die Entwicklung des Gesamtverbandes und die wichtigsten organisatorischen Begebenheiten im Vorjahre, erläuterte Konrad, der Vorsitzende der Berliner Organisation, den gedruckt vorgelegten Geschäftsbericht.

Das Eisengießer-Auswahlabkommen.

Das seit Oktober 1924 bestehende sogenannte Auswahlabkommen für die Arbeiter der Eisengießereien war vom Metallarbeiterverband zum 7. Januar gekündigt und neben einigen anderen Verbesserungen die Erhöhung der Entschädigung gefordert worden. Bisher wurden für unverschuldet zustandgekommene Auswahlabgänger 55 Proz. und bei Stößen, die mehr als zwei Tage Arbeit erforderten, 60 Proz. als Entschädigung gezahlt.

Vom Innungs-Krankenkassen-Gründungsieber.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Bauhändler nahmen vor acht Tagen in den Sophienböden zu dem Ablauf ihres Lohnabkommens Stellung. Der Branchenleiter Krüger gab den Versammelten die Gründe dafür bekannt, warum die Vertrauensleute zu dem Beschluß gekommen sind, der Versammlung zu empfehlen, das Lohnabkommen zum 31. März noch nicht zu kündigen.

Ein Gewerkschaftsjubiläum.

Am 1. März sind es 25 Jahre her, da der Genosse Alfred Janschel in dem Dienst des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands eingetreten ist. Janschel, am 15. Januar 1874 geboren, kam frühzeitig zum Bergbau und mit 17 1/2 Jahren nach Oberhausen (Rheinland). Dort trat er 1897 dem Verbands bei, war bald Bibliothekar und Kassier und später Vertrauensmann seiner Zahlstelle. Am 1. März 1904 übernahm er die Vorstandsführung im Hauptbureau nach Bochum, wo er zunächst auf der Kasse und später in der Redaktion des Verbandsorgans tätig war.

Das Eisengießer-Auswahlabkommen.

Das seit Oktober 1924 bestehende sogenannte Auswahlabkommen für die Arbeiter der Eisengießereien war vom Metallarbeiterverband zum 7. Januar gekündigt und neben einigen anderen Verbesserungen die Erhöhung der Entschädigung gefordert worden. Bisher wurden für unverschuldet zustandgekommene Auswahlabgänger 55 Proz. und bei Stößen, die mehr als zwei Tage Arbeit erforderten, 60 Proz. als Entschädigung gezahlt.

Das Eisengießer-Auswahlabkommen.

Das seit Oktober 1924 bestehende sogenannte Auswahlabkommen für die Arbeiter der Eisengießereien war vom Metallarbeiterverband zum 7. Januar gekündigt und neben einigen anderen Verbesserungen die Erhöhung der Entschädigung gefordert worden. Bisher wurden für unverschuldet zustandgekommene Auswahlabgänger 55 Proz. und bei Stößen, die mehr als zwei Tage Arbeit erforderten, 60 Proz. als Entschädigung gezahlt.

Das Eisengießer-Auswahlabkommen.

Das seit Oktober 1924 bestehende sogenannte Auswahlabkommen für die Arbeiter der Eisengießereien war vom Metallarbeiterverband zum 7. Januar gekündigt und neben einigen anderen Verbesserungen die Erhöhung der Entschädigung gefordert worden. Bisher wurden für unverschuldet zustandgekommene Auswahlabgänger 55 Proz. und bei Stößen, die mehr als zwei Tage Arbeit erforderten, 60 Proz. als Entschädigung gezahlt.

SALAMANDER Schuhe werden überall gern getragen DAS ERZEUGNIS DER GRÖSSTEN DEUTSCHEN SCHUHFABRIK



# Verfassungsdebatte im Reichstag.

## Beginn der Beratung. / Vorher Besprechung des Geburtenrückgangs.

Der Reichstag verhandelte am Donnerstag zunächst einen Ausschussbericht, wonach an Stelle eines Antrags der Kommunisten folgende Entschliessung angenommen werden soll:

Der Reichstag hält wirksame Maßnahmen zum Schutze kinderreicher Familien für dringend erforderlich. Er ersucht die Reichsregierung, die im Antrag Stoeder und Genossen enthaltenen bevölkerungspolitischen Forderungen auf ihre gesetzgeberische, verwaltungstechnische und finanzielle Durchführbarkeit zu prüfen und entsprechende Gesetzentwürfe vorzubereiten.

Die Kommunisten beantragen Annahme ihres Gesetzentwurfs. — Die Mehrheit beschließt eine Viertelstunde Redezeit.

Abg. Höflein (Komm.): Dieser Beschluss der bürgerlichen Parteien beweist ihre Heuchelei und ihren Massenbetrug. Vor der Wahl haben diese Parteien den Kinderreichen alles Mögliche versprochen, Interpellationen eingebracht usw., alles nur, um Stimmen zu ergattern, mit denen man hier politische Geschäfte macht, nachdem man die Kinderreichen durch alle Phrasen eingeleitet hat. Hohe Geburtenzahl soll dem Kapital Ausbeutungsobjekte und Gistgaslieferer liefern. Minister Hirtsfelders Denkschrift, die aus meinem Buch abgeschrieben ist (Hellerkeit), bezeichnet als dringend, was das Zentrum hier nicht erörtern will.

Ein Antrag der Kommunisten, wenigstens einen Vertreter der Regierung herbeizurufen, wird — nachdem Präsident Löbe mitgeteilt hatte, dass zwei Ministerialräte anwesend sind — abgelehnt.

Abg. Frau Lehmann (Dnat.): Der Bund der Kinderreichen lehnt es ab, sich mit den Forderungen der Kommunisten zu identifizieren. Die von den Kommunisten verlangte völlige Straflosigkeit für Abtreibung ist sicher nicht geeignet, den Geburtenrückgang aufzuhalten.

Abg. Frau Hartwig-Bünger (D. Sp.): Die kommunistischen Anträge sind eine ungeeignete Grundlage für eine sachliche Beratung über den durchaus notwendigen größeren Schutz der kinderreichen Familien.

Abg. Dr. Gertrud Bäumer (Dem.): Der Geburtenrückgang im Ausland von 44,9 %/oo steht eine Lebensziffer von über 24 %/oo gegenüber, bei 11 %/oo in Deutschland. Schon unterm Jarismus stand Russland in der Geburtenzahl oben, aber auch in der Säuglingssterblichkeit. Heute mögen die frühen Ehen in Russland zu der hohen Geburtenzahl beitragen. Soweit die kommunistischen Anträge erreichen wollen, dass Mutter und Kind möglichst lange beisammen bleiben, stimmen sie ganz überein mit dem Willen unserer Wohlfahrtspflege, deren Ausbau allerdings die Finanznot der Gemeinden gegenübersteht.

### Abg. Marie Juchacz (Soz.):

Auch ich bedauere, dass die Redezeit nicht etwas länger ist, aber weiß sie so knapp ist, müssen wir sachlich sprechen. Seit Jahrzehnten leben Wissenschaft, Sozialpolitik und Volkswirtschaft mit Sorge auf die bevölkerungspolitischen Auswirkungen des heutigen Wirtschaftssystems. Die einen fürchten Ueberbevölkerung, die anderen Unterbevölkerung, die einen sehen die Differenz zwischen der verfügbaren Nahrungsmenge und dem Bedarf, andere meinen, dass der Nahrungsmittelspielraum durchaus erweiterungsfähig ist. Manche fürchten von dem Ein- und Zweifelhinderismus eine generative Verschlechterung. Nach der Arbeiterchaft der Großstädte zeigt jetzt auch die Arbeiterchaft des ländlichen Landes den Geburtenrückgang, mit dem das Bürgertum, die Beamten usw. vorangegangen sind.

Weltanschauliche Gründe sollten bei dieser Betrachtung ausgeschaltet bleiben.

Der Geburtenrückgang ist verschuldet durch die Erschwerung der Eheschließung. Bei dieser Betrachtung muss das Menschliche zu seinem Recht kommen. (Sehr richtig! links.) Auch die Wohnfragen, die Kaufkraft des Geldes, der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft, vor allem die Wohnungsnot, ist mit in Betracht zu ziehen. Weitere Gründe sind sozialpolitischer Natur, ich nenne nur Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Ganz bestimmt wirkt auch der bemühte Wille der Bevölkerung mit, und er muss seine sozialen und wirtschaftlichen Gründe haben. Deutschland hat heute unter 32 Millionen Erwerbsfähigen 11,5 Millionen Frauen, davon eine große Zahl verheiratete oder doch eheliche Frauen, die für die Volksvermehrung oder nicht in Frage kommen. Seit 1890 ist die Geburtenziffer ununterbrochen gesunken, erfreulicherweise auch die Säuglingssterblichkeit, diese jedoch bei den unehelich Geborenen weniger als bei den anderen. Die Zahl der unehelich Geborenen auf je 100 Geburten überhaupt betrug 1905 erst 3,5, 1913 schon 9,71, 1920 — 11,31, sie fiel 1923 auf 10,43 und 1924 auf 9,4, ist aber 1925 auf 12 gestiegen. Nach einer Statistik des Regierungsbezirks Düsseldorf ist aber

Die Säuglingssterblichkeit der unehelichen größer als die der ehelichen Kinder.

1909 kamen auf 1000 Männer nur 1029 Frauen, und dieser Frauenüberschuss stand im Alter von über 45 Jahren. Nach der Zählung von 1925 kamen auf 1000 Männer zwischen 20 und 45 Jahren schon 1160 Frauen des gleichen Alters, und in der Altersklasse von 30 bis 35 Jahren 1235 Frauen. Infolge dieses Ueberschusses bleiben im Alter von 20 bis 45 Jahren bis zu 420 von 1000 Frauen

unverheiratet, da der Eheschließung volkswirtschaftliche und andere Hindernisse entgegenstehen.

Welch ungeheure menschliche Tragik, welche Fälle von Verzichts auf Lebensglück steht hinter diesen Zahlen.

wieviele Frauen sind heute noch unglücklich durch Scham und Achtung, wieviele Mütter werden zu furchtbaren Verzweiflungstaten getrieben! (Zustimmung.) Das Glück vieler Familien wird durch die Wohnungsnot zerstört, die Liebe der Mütter zu Familie und Kindern wird durch ungeheure materielle Not verkümmert, die ihre physischen und seelischen Kräfte aufzehren und Liebe in Haß verandern. (Beifällige Zustimmung.) Nach einer bayerischen Regierungsstatistik lebt

ein Drittel der kinderreichen Familien zusammengedrängt in ganz unzureichenden Wohnungen,

gerade der Familien, die sich räumlich ausdehnen müssten! Der kommunistische Antrag war wegen seiner Form im Ausschuss indiskutabel, aber nichtsdestoweniger müssen wir die bevölkerungspolitischen Probleme mit dem allergrößten Ernst behandeln, und deshalb verlangt die Ausschussentschliessung von der Regierung, dass sie die Materie nach den verschiedensten Richtungen prüft. Man muss danach streben, dass die gesamte Gesetzgebung von der Rücksicht auf die Bevölkerungspolitik durchdrungen wird. Bis jetzt ist das viel zu wenig geschehen. Je eher wir die Ursachen der allgemein bedauerlichen bevölkerungspolitischen Tatsachen erkennen, umso fruchtbarer werden die Leistungen der Gesetzgebung für Mutter und Kind sein. Deshalb unsere Hoffnung auf die Borearbeit der Regierung.

Abg. Joos (S.): Die Fürsorge für die kinderreichen Familien muss erheblich ausgebaut werden, aber ohne Ausschaltung der privaten und der kirchlichen Charitas-Bestrebungen. Die Regierung sollte mehr Initiative zeigen.

Die Entschliessung des Ausschusses wird angenommen, der Antrag der KPD. abgelehnt.

Eine Entschliessung des Verkehrsausschusses auf Frachtbegünstigung für bäuerliche Siedler beim Umzug wird nach kurzer Besprechung angenommen. Nun folgt die

### erste Beratung des Gesetzantrags der Deutschen Volkspartei.

Hiernach sollen die Artikel 54 und 85 der Reichsverfassung dahin geändert werden, dass Zweidrittelmehrheit des Reichstags erforderlich wäre, um der Regierung oder einem Minister das Vertrauen zu entziehen; einfache Mehrheit soll nur genügen, wenn der Misstrauensantrag zur Schlussabstimmung über den Etat gestellt ist. Weiter soll der Reichstag Ausgaben über den Etatseinkommen hinaus nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats oder mit Zweidrittelmehrheit bewilligen können. Wenn im Laufe eines Vierteljahres die Steuererträge den Vorschlag um 10 Proz. übersteigen, soll der Ueberschuss zur Verminderung des Anleihebedarfs, zur Schuldentilgung und im nächsten Etat zur Steuererleichterung verwendet werden. Diese Grundzüge sollen sinngemäß auch in den Ländern und Gemeinden angewendet werden.

## Funkwinkel.

Am Nachmittag widerfuhr uns Heil: wir hörten den Empfang des Bogers Max Schmeling auf dem Lehrter Bahnhof. Die Angelegenheit verlief genau so feierlich, wie früher die Begrüßung irgendeines regierenden Herrn — und genau so stumpfsinnig. Jemandem rede etwas von „großem Stolz, Ehre, Glückseligkeit“, und das alles bezog sich auf die harten Muskeln des Bogers, und wenn einem bei diesem ganzen sinnlosen Gemisch nicht rettungslos überlief, so lag das an Max Schmeling selber, der so menschlich sympathisch und hilflos antwortete, dass man spürte, er begriff den ganzen Spießhut im Grunde auch nicht recht. Ein Beethovenisches Kammerkonzert hatte für diese Haupt- und Staatsaktion den Platz räumen müssen. — Das Abendkonzert in Berlin unterhielt mit Liedern von Viktor Holländer. Schöner war die Abenddarbietung, die Königsplatztheater verbreitete. Emma v. Stetten sang mit ihrem wunderbar ebenen Sopran alte Lieder und Arten. Hübsch war die halbe Stunde, in der Gertrud Engel aus Friedrich Schnaads phantastisch-schwermütigem Buch „Das Leben der Schmelterlinge“ las. — Bernhard Kellermann, der erst kürzlich von seiner Afrika-Reise Heimgekehrte, schüßerte plastisch die heilige Stadt Benares, zu der die Pilgercharren strömen, um sich in den heiligen Quellen des Ganges zu baden. Ueber „Die Hilfsorganisation für in Not geratene Künstler“ sprach Helmut Jaro Jarek. Er stellte besonders eingehend die Entstehung der Deutschen Kunstgemeinschaft dar, die von Professor Segall begründet und von Staatssekretär a. D. Heinrich Schulz zu kräftigem, fruchtbarem Leben entwickelt wurde. —

Abg. Dr. Japs (D. Sp.) begründet den Antrag: Die Ausgaben sind fortgesetzt mächtig gestiegen, Regierungskrisen haben wir häufig und von langer Dauer. Der neue Etat liegt dem Plenum noch gar nicht vor. Diese Mißstände müssen beseitigt werden. Die Volkspartei unterstützt keineswegs den hohen Wert der Weimarer Verfassung. Danach ruht heute die Souveränität beim Volk und sie wird ausgebaut vom Reichstag. Ist dieser Souverän heute in Deutschland populär? (Beifällige Rufe Rein rechts und bei der Kommunisten.)

Kein ein Monarch war je so unpopulär wie heute der Reichstag.

Das liegt zum Teil an dem Druck des Verfallers Friedens, unter dem ein Volk nicht zufrieden sein kann. Die Schuld liegt aber auch im Wahlssystem, das bestimmten Interessengruppen in allen Fraktionen bedeutenden Einfluss gibt. Die Folge sind die überzahlreichen Anträge, die Mehrausgaben fordern. (Rufe links: Die Anträge Ihrer Partei erfordern die größten Kosten!) Die Parteien müssen diese Anträge stellen, denn sie handeln unter dem Druck des Systems, das sie von Interessengruppen abhängig macht. Wir haben

in diesem Augenblick auf die Forderung einer Wahlreform verzichtet,

wir wollen in unserem Entwurf auf andere Weise den Wettbewerb der Parteien um die Gunst bestimmter Bevölkerungsgruppen erschweren. Wenn wir damit der Regierung eine größere Verantwortung auferlegen, so müssen wir ihr eine größere Sicherheit gegen Sturz durch Zufallsmehrheit geben. Wir folgen dabei dem Beispiel der alten Demokratien England und Schweiz. Die Nachahmung des nordamerikanischen Beispiels mit seiner großen Machtstellung für den Präsidenten empfiehlt sich für Deutschland nicht. Gerade die weniger stark hervorgetretene Stellung hat es den beiden Präsidenten der Deutschen Republik ermöglicht, sich die Achtung der ganzen Bevölkerung zu erwerben. Deutschland bedarf mehr als ein anderes Land stabiler Regierungsverhältnisse, weil es mehr als ein anderes Land bedroht ist.

Den Dementis der französischen und der belgischen Regierung werden wir erst glauben, wenn die Verträge und die Verhandlungen der beiden Generalstäbe im Wortlaut veröffentlicht sind.

Für Deutschland wäre auch der Uebergang zur Diktatur ein gefährlicher Sprung ins Dunkle, zumal er nur durch blutigen Bürgerkrieg möglich wäre. Der Entwurf der Volkspartei will die Fehler des Systems ausmerzen, um dieses System gesunder und dauerhafter zu gestalten. (Beifall rechts.)

### Ein Zwischenfall.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt nun, um 4 1/2 Uhr, den Abbruch der Beratung. Er beruft sich darauf, dass Präsident Löbe für Donnerstag kurze Sitzungen zugelegt hat. (Donnerstag ist der Tag der Fraktionsitzungen.)

Präsident Löbe: Wie immer, hat Abg. Torgler mit seinen Ausführungen auch diesmal Unrecht. (Erregter Widerspruch der Kommunisten, die Abgg. Stoeder und Torgler rufen, das sei unerhört und eine Unerschämtheit des Präsidenten.)

Präsident Löbe fordert Torgler und Stoeder auf, den Saal zu verlassen. — Abg. Stoeder geht nach kurzem Zögern mit den Worten ab: „Nur um Ihnen nicht noch mehr Gelegenheit zu verschaffen!“ Mit ihm verlassen die übrigen Kommunisten den Saal. Einer ruft von der Tür zurück: „Sie ebnet der Diktatur den Weg!“

Präsident Löbe: Abg. Torgler hatte insofern Unrecht, als die kurzen Donnerstagsitzungen bisher immer erst um 3 Uhr beendet wurden.

Ein Antrag Schulz-Bronberg (Dnat.) auf Schluss der Sitzung wird abgelehnt. — Zum volksparteilichen Antrag spricht nun

Abg. Dr. Bredt (Sp.): Das heutige System ist allerdings reformbedürftig. Die Regierungen der Republik sind zu allermeist nicht durch Misstrauensnoten gestürzt worden, sondern weil die Fraktionen aus irgend welchen tatsächlichen Gründen ihre Minister abberufen haben.

Darin muss ein Wandel eintreten, wenn der Parlamentarismus erhalten bleiben soll. Das ist aber durch den Antrag der Volkspartei nicht zu erreichen.

(Widerspruch des Abg. Japs.) Ihre Partei, die eine langdauernde Krise hervorgerufen hat, ist am wenigsten berechtigt, Verfassungsänderungen zu beantragen. (Abg. Japs: Wenn man sich bei den Verhandlungen so drückt, wie Ihre Deute!) Wir sind noch niemals ernsthaft aufgefordert worden, in die Regierung einzutreten, aber wir laufen auch nicht monatelang der Regierung nach, wie die Volkspartei. Wenn wir geholt werden, haben wir unsere Selbständigkeit. Wir müssen uns den wahrhaftigen Parlamentarismus Englands zum Muster nehmen. Nicht Verfassungsänderung, sondern Selbstbestimmung tut dem Reichstag not. (Händeklatschen der Volkspartei.)

Der Präsident gibt die Mandatsniederlegung des Abg. Lummers (S.) bekannt.

Um 5 Uhr verlässt das Haus die Betschberatung auf morgen, Freitag, 1 Uhr, vorher Fürsorge für die älteren Angestellten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat Torgler und Stoeder beauftragt, Beschwerde gegen ihre Ausschließung einzulegen.

# Frühjahrs-Mäntel

Geschmackvolle Neuheiten

Moderner blaugrauer Cheviot mit leichtem Karo, zweireihige Ulsterform ..... 47:-

Blaugrauer Cheviot mit blenfarbigem Ueberkaro, lose Ulsterform ..... 89:-

Blaugrauer modern kariertes Cabardine, Ulsterform mit Ringsgurt ..... 69:-

Blaugrauer und modelfarbiger Cabardine, eleg. Abfütterung, Schlüpfersform mit Ringsgurt ..... 97:-

Reinwollener modelfarbiger Cheviot mit dezentem Karo, Ulsterform ..... 75:-

Heller blaugrauer Cheviot mit aparter Musterung, föllige zweireihige Ulsterform ..... 106:-

Durch eigene Herstellung höchste Qualität bei größter Preiswürdigkeit

# Leineweber

Das Haus das Jeden anzieht

BERLIN C. KULLNISCHER FISCHMARKT



**Theater, Lichtspiele usw.**

Freitag den 1. 3. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 55 19 1/2 Uhr  
**Madame Butterfly**

Freitag den 1. 3. Städt. Oper Bismarckstr. Formus III 19 1/2 Uhr  
**Così fan tutte**

Staats-Oper Am Pl. d. Republ. R.-S. 53 19 1/2 Uhr  
**Die Fledermaus**

Städt. Schiller-Theater, Charlth. 20 Uhr  
**Oedipus**

**METROPOLTHEATER 8:**

**Lustige Witwe**

mit **Fritzi Massary**  
 Max Hansen  
 Walt Jankuhn, Uechi Elliot, H. Junkermann, W. Schaefer, G. G. Beauty Girls, Jackson-Boys  
 Assistent: Prof. Ernst Stern  
 Regie: **CHARELL**  
 Sonntag, nachm. 3 U. Kleine Preise  
**Kein auf Electrica**  
**Gr. Schauspielhaus 8:**  
 Heute geschlossen  
 Morgen 7 1/2, Premiere

**Der liebe Augustin**

mit **Alfred Braun**  
**Mady Christians**  
 Trude Lieske, Siegfried Arns, Paul Morcan, Paul Westermeyer, Winkler, Orik, Sunshinegirls, Jacksonboys  
 Regie: Ernst Weltsch  
 Max Leitung: Ernst Hauke  
 Assnt.: Prof. Ernst Stern.

**SCALA**

4 Uhr 5. Barbara 9256  
**Heute Premiere der Welt-Attraktionen!**  
 Z. T. zum ersten Male in Deutschland bzw. zum ersten Male in Berlin!  
 Sonntags u. Sonntags je 2 Vorstellungen  
 1. und 3. Uhr — 2. Uhr einm. Programm  
 spielen das ganze Programm

**PLAZA**  
 Am Kottbuser Platz  
 Alex. 5067 65  
**Tägl. 2 Vorstellungen**  
 5 Uhr 50 Pf bis 1.— M.  
 8 1/2 — 1.— M. — 2.— M.  
**Heute vollständig neues Programm!**  
 Karten 3 Tage im Voraus

**Komische Oper (8 1/2)**  
 Die große Revue **Paradies der süßen Frauen!**  
 100 Mitwirkende.

**Reichshallen-Theater**  
**Siedler-Sänger**  
 Das neue März-Programm! **„Moderne Bühnen-Gesänge“**  
 Ersterste Mayal u. Erllias, Antanz 8 Uhr, Sieg. Nachm. 3 Uhr (A. u. b. c. Preis.)  
 Bühnenbesetzung  
 Telefon: Centrum 11283.  
 Familien-Parade 10 Nummern.

**Volkstheater**  
 Theater am Schiffbauerdamm  
 8 Uhr  
**Die Drei-Groschen-Oper**

**Thalia-Theater**  
 8 Uhr  
**Gelrausch**

Städt. Schiller-Th. 8 Uhr  
**Oedipus**

Staatoper am Platz der Republik 7 1/2 Uhr  
**Die Fledermaus**

Th. am Schiffbauerdamm  
 Täglich 8 Uhr  
**Die Drei-Groschen-Oper**  
 Valter, Lilgen, Ander, Gerson, Schaufel, Köhl, Lvovski.

**Deutsches Theater**  
 Norden 12 30  
 11 Uhr Ende geg. 10 1/2  
**Die lustigen Weiber von Windsor**  
 von Shakespeare  
 Regie: Heinz Hilpert

**Kammerspiele**  
 Norden 12 30  
 11 Uhr Ende 10 1/2 Uhr  
**„Seelen erschienen“**  
 Komödie von Edouard Bourdeh  
 Regie: Forster Larinaga.

**Die Komödie**  
 Bismarck 2414 7516  
 8 1/2 Uhr Ende 10 1/2  
 Zum 100. Male **„Olympia“**  
 von Franz Molnar  
 Regie: Forster Larinaga.

Das Theater des Gesichts  
**Der größte Erfolg Berlins: Friederike**  
 Rudi von Cobor  
 Erfa  
 v. Theatern: Carl Ziegler  
 (Groschen-Oper)  
 Winkler, Linke, Stern, Geyer, Neumann, Kay, Koffe, Wunderlich, Siegel, 931 u. 7154

**Berliner Theater**  
 Direkt. Heinz Herald  
 Charlottenstraße 94  
 A. T. Dönhoff 170  
 Täglich  
 8 Uhr  
**3 X Hochzeit**  
 (Able's Irish Rose)

**Winter Garten**  
 8 Uhr Rauchen erlaubt  
**Heute Premiere!**

6 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2 Uhr  
 Luisenparkstr. 37.  
**Kilometerliebchen**  
 Dazu ein erstklassiger bunter Teil.  
 Für unsere Leser Gutscheine 100 1.— 4 Per-  
 Pausen: nur 1.10 M., Sessel 1.25 M.,  
 on-line Preise. Parken u. Raub. 400 3.

**Renaissance-Theater**  
 Kardinalstr. 8. Tel.: Stempel 901 u. 2583/84  
 8 1/2 Uhr. Zum 71. Male: 8 1/2 Uhr  
 Die Weiterfolgskomödie  
**„Das große ABC“**  
 von Marcel Pagnol.  
 Reg. Essl, Hartung. In Premierenbestand.

**CIRCUS BUSCH**  
 Heute Freitag: **8 U.: Galapremiere**  
**12 neue Weltstadattraktionen u. a.**  
 Mazzoni, M. span. Kampstieren,  
 Ein Souper im Löwenkäfig,  
 1. rous-  
 20 Tiere u. 1. Hal. Nädle  
 die letzten 20 Tische Tanzsaal  
 mit 6000 gen B. anvalit.  
 Sonntag nachm. Hinder halbe  
 Preis bei 10 u. Abendpreis.

**Berliner Uik-Trio**  
 Neukölln. Lohstr. 74/76

**Jetzt auch HERREN-KLEIDUNG genau so vorteilhaft!**



Viele Tausende haben schon daraus ihren Vorteil gezogen, aber alle sollen's zu ihrem Vorteil wissen.

Denn nur ganz wenige wohl gibt es, die nicht darauf zu achten brauchen, ob ihre Kleidung teuer oder billig ist, gut oder schlecht.

Wer gut gekleidet sein will für sehr geringes Geld, dem raten wir: Machen Sie einen Versuch bei uns

**GEHEN SIE ZU**



Oranienstr. 40 Chaumeestr. 113 Königstraße 33  
 Am Graefenplatz Beim Statthalter Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

(Nachdruck von Wort und Bild verboten!)

**Lessing-Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Katharina Knie**

**Kleines Theater**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
 Kurt Goetz, Valerie v. Mariva, Paul Otto  
**„Trio“**  
 Lustig v. Leo Lenz  
 Regie: Friedmann-Frederich.

**Garnowsky-Bühnen**  
 Theater in der Königgrätzer Straße  
 8 1/2 Uhr  
**Revotte im Erziehungshaus**  
 Schauspiel von P. M. Lampel.

**Komödienhaus**  
 8 1/2 Uhr  
**Das Gold auf der Straße**  
 Entwurf v. Bergauer u. Oesterreicher

**Panorama am Zoo**  
 (Anten, Jagdstücke, 2nd. Voll, 157-174 Uhr  
**Sternhimmel des Frühjahrs**  
 18 1/2 Uhr  
**Sternbilder und Weltbau**  
 20 1/2 Uhr  
**Wunder des südlichen Himmels**  
 Täglich außer Montags und Mittwochs  
 Erwachsene 1 Mk., Kinder 50 Pf.  
 Mi. zw.: Er. ach-ene 90 Pf., Kinder 20 Pf.

**Lustspielhaus**  
 1/2 Uhr wieder aufleben  
**Guido Tielscher**  
**Weekend im Paradies**

**Rose-Theater**  
 (Friedrichstr. 131)  
 8 1/2 Uhr  
**Der Obersteiger**

**Theaters. Kottbuser Tor**  
 Kottbuser Str. 8. Tel. Npt. 18077  
 Täglich 8 Uhr, auch Sonntag nachm. 3 Uhr (ermäßigte Preise)  
**Elite-Sänger**  
 u. a. „Die Schönheitskönigin“  
 verbunden mit Modenschau.  
 Allgem. Preisermäßigung auf allen Plätzen

**Stahl-Silberwaren aller Art**

**Raddatz & Co.**  
 Berlin, Leipzigerstr. 22-23

**Iranon-Th.**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der Herzog und die Sünderin**  
 mit Erlin Gilmann und Martha Kattner

**Thalia-Theater**  
 (Friedrichstr. 72-73)  
 8 Uhr  
**„Gelrausch“**

**Centralboden**  
**Preussische Central-Bodentredit-Actiengesellschaft**

Am 22. d. M. hat eine erste Auslosung der

**4 1/2 % igen Central-Gold-Pfandbriefe v. J. 1926, Ausgabe 2 (Liquidations-Pfandbriefe und Certifikate)**

stattgefunden. Alle Stücke, die zu den gezogenen Serien gehören, sind damit zur Rückzahlung am 1. April 1929 gekündigt. Die Rückzahlung des Kapitalbetrages erfolgt vom 2. April ab.

Soweit von nachstehendem Umtauschangebot Gebrauch gemacht wird, kann der Umtausch schon jetzt erfolgen.

Wir sind — freibleibend — bereit, ausgeloste Stücke in Beträgen von 200 RM. an in unsere

**8 % Central-Goldpfandbriefe v. J. 1928**

Zinsentlauf ab 1. April d. J. Stücke zu 100, 200, 500, 1000, 2000 u. 5000 RM.

— Kündigung frühestens zum 1. Oktober 1934 zulässig — umzutauschen, wobei die Berechnung der letzteren zu einem Vorzugstafel von 1/2 % unter dem jeweiligen Berliner Börsenkurs, z. Bt. also zu 97 1/2 %, erfolgt.

Keine Stücke von 100 bis 500 RM. einschließl. können wir im Umtausch nur so lange abgeben, als die Bestände dazu ausreichen.

Die Verlosungsliste der gezogenen Serien wird im Reichsanzeiger vom 27. Februar d. J. bekanntgemacht. Sie kann bei der Gesellschaft, Berlin NW 7, Unter den Linden 48/49, und bei den bekannten Zeitstellen in Empfang genommen werden, auch werden Verlosungslisten auf jedesmaligen Antrag unentgeltlich von uns versandt.

Berlin, den 28. Februar 1929.

Die Direktion  
 Lindemann, Hartmann, Desterlind, Trebe.

# Billige Lebensmittel

Leipziger Straße • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Straße • Wilmersdorfer Str. • Brunnenstraße • Kottbuser Damm • Andreasstraße  
Preise nur Freitag und Sonnabend  
Warenabgabe vorbehaltlos  
Verkauf ausschließlich

### Benzit löst den Schmutz

Die Benzitseifen lösen selbst hartnäckigen Schmutz, wie Öl, Fett, Schweiß, aus aller Wäsche durch das Lösungsmittel „Benzit“.

Überzeugen Sie sich davon bei den **Waschvorführungen** in unseren Häusern!

### Frisches Fleisch

**Kalbshamm** ohne Beilage ..... Pfund 62 Pf.  
**Kalbsrücken** ohne Beilage ..... Pfund 74 Pf.  
**Kalbshenkel** bis 9 Pf. ohne, gut st. gepfl. Pf. 82 Pf.  
**Kalbshaxen** ..... Pfund 62 Pf.  
**Pa. Schweinebauch** ohne Beilage, Pfund 1,08  
**Pa. Schweineschinken** oder -Stück, Pfund 1,16  
**Pa. Kassler** mild ..... Pfund 1,25  
**Pa. Rückenfilet** bratfertig, 2. Schwanz, Pf. 96 Pf.  
**Pa. Hackepeter** gewürzt ..... Pfund 1,20  
**Pa. Schabellfleisch** ..... Pfund 1,18  
**Pa. Talg** ausgelassen ..... Pfund 56 Pf.  
**Pa. Roostbeef** ohne Knochen ..... Pfund 1,48  
**Pa. Rinderfilet** im Ganzen ..... Pfund 1,48  
**Pa. Kalbschnittel** ..... Pfund 2,10  
**Pa. Schmorfleisch** Kalb, u. Knochen, Pf. 1,24  
**Pa. Rouladen** ..... Pfund 1,34  
**Pa. Rinderkamm** ..... Pfund 76 Pf.  
**Pa. Querrippe** ..... Pfund 78 Pf.  
**Pa. Pehrippe** ..... Pfund 90 Pf.

### Käse und Gette

**Comemberi** mit Salz, 25 Pf.  
**Allg. Stangenkäse** 48 Pf.  
**Edam u. Holland** 75 Pf.  
**Boyr. Schweizer** 1,35 an  
**Allg. Romalour** 26 Pf.  
**Edam u. Holland** 1,10  
**Allg. Stangen** 1,05  
**Dän. Schweiz.** 88 Pf.  
**Margarine** Pfund 52 Pf.  
**Rinderfett** Pfund-Paket 52 Pf.  
**Kokosfett** Pfund-Paket 62 Pf.  
**Rohschmalz** Pfund 75 Pf.  
**Griebschmalz** Pf. 82 Pf.  
**Bratenschmalz** Pfund 78 Pf.  
**Molkereibutter** Pfund 1,90  
**Tafelbutter** Pfund 1,95  
**Dän. Tafelbutter** Pf. 2,20

**Sumatra-Java-Mischung** Paket  
**25,50,95 Pf.**

### Wild und Geflügel

**Russische Gänserümpfe** gefressen, Pf. 65 Pf.  
**Russische Enten** gefressen, Pfund von 1,05 an  
**Puten** gefressen ..... Pfund von 98 Pf. an  
**Wolgahühner** gefressen ..... Pfund von 1,10 an  
**Ungarische Masthühner** ..... Pfund 1,45  
**Hasen** gestäubt ..... Pfund 1,05  
**Wildschwein** in ..... Pfund von 90 Pf. an  
**Hirschbraten** ..... Pfund von 1,50 an

### Fische u. Räucherwaren

**\*Kablau oder Seelachs** ohne Kopf, l. g., Pf. 28 Pf.  
**\*Schellfisch** ..... Pfund 28 Pf.  
**\*Rotbars** ..... Pfund 34 Pf.  
**\*Kablaufilet** ..... Pfund 48 Pf.  
**\*Zander** gefressen ..... Pfund 60 Pf.  
**\*Grüne Heringe** ..... 6 Pfund 68 Pf.  
**Fettbücklinge** ..... Pfund 25 Pf.  
**Hamburg, Makrelebücklinge** Pf. 28 Pf.  
**Rauhe Flundern** ..... Pfund 48 Pf.  
**Fleckheringe** ..... Pfund 50 Pf.  
**Räucherheringe** ..... 2 Paket 25 Pf.  
**Seelachs** Pfund 60 Pf. **Rotbars** Pfund 65 Pf.  
 \*Leipz. Str., Alexanderpl., Frankf. Allee, Kottb. Damm, Belle-Alliance-Str., Wilmersd. Str.

### Kolonialwaren

**Burmareis** ..... Pfund 22 Pf.  
**Tafelreis** ..... Pfund 28 Pf.  
**Bluerose** ..... Pfund 32 Pf.  
**Weizengriess** Pfund 22 Pf.  
**Hoferflocken** Pfund 24 Pf.  
**Horngriess** Pfund 27 Pf.  
**Viktorierbensen** 24, 32 Pf.  
**Erbsen** pollert, Pf. 32, 48 Pf.  
**Grüne Erbsen** ..... Pfund 28 Pf.  
**Linsen** ..... Pfund 32, 46 Pf.  
**Eierschillmüde** n Pf. 40 Pf.  
**Eierjodennudein** Pf. 42 Pf.  
**Eiermakaroni** Pfund 46 Pf.  
**Cornflin**  
**Backobst** Pf. 40, 48, 62 Pf.  
**Kalt. Pflaumen** Pf. 32, 38 Pf.  
**Bosn. Pflaumen** Pfund 48 Pf.

### Kaffee

**Santos-Mischung** Pfund 2,40  
**Santos-Peri-Mischung** Pf. 2,60  
**Guatemala-Mischung** Pf. 2,95

### Obst und Gemüse

**Datteln** ..... Karton 36 Pf.  
**Tomaten** ..... Pfund 38 Pf.  
**Amerikanische Äpfel** Pfund 38 Pf.  
**Peppings** ..... Pfund 42 Pf.  
**Kaliforn. Tafeläpfel** ..... Pfund 43 Pf.  
**Zitronen** ..... Dutzend von 48 Pf. an  
**Ananas** ..... Pfund von 60 Pf. an  
**Apfelsinen** ..... 3 Pfund 68 Pf.  
**Blutapfelsinen** ..... 3 Pfund 95 Pf.  
**Bananen** ..... 3 Pfund 95 Pf.  
**Kohlrüben** ..... Pfund 8 Pf.  
**Rotkohl** ..... Pfund 15 Pf.  
**Weiss- und Wirsingkohl** Pfund 15 Pf.  
**Zwiebeln** ..... Pfund 15 Pf.

### Preiswerte Obst- und Eichweine

1927er Chateau d'Arles ..... 1,45  
 1927er Eca-Jäger ..... 1,45  
 1927er Diebstahler Reider ..... 1,45  
 Carte blanche, Fruchtweine ..... 1,60  
 1927er Liebschmelz, Wein ..... 1,60  
 F. incr. alter Sherry ..... 1,60  
 Alter Malaga, dunkel ..... 1,60  
 Inval. Sams. an 1 F. onongertner ..... 1,60  
 1927er Ursziger Würgerles Urghock ..... 2,75  
 1927er Winkler Kassenbrand ..... 2,75  
 1927er Durgunder Pommer ..... 2,75  
 Deutsche \*\*\* Weinbrand ..... 17,50  
 Nr. Hochholz - Weinbrand ..... 25,00

### Gefrierfleisch

**Pa. Schmorfleisch** Kalb, ohne Ka., Pfund 1,10  
**Pa. Gulasch** ohne Knochen ..... Pfund 88 Pf.  
**Pa. Soppentfleisch** ..... Pfund von 68 Pf. an  
**Pa. Hammelvorderfleisch** Pfund von 90 Pf. an  
**Pa. Rinderbacken** ohne Knochen, Pfund 58 Pf.  
**Pa. Rinderlängen** ..... Pfund 46 Pf.  
**Pa. Rinderleber** ..... Pfund 1,30  
**Pa. Schweineköpfe** fr. u. Fettbacke, Pf. 56 Pf.  
**Rissole mit Spitzbalm** mild gepökel. Pfund 88 Pf.

### Wurstwaren

**Rol-u. Leberwurst** Pf. 70 Pf. **Mettwurst** Pf. 1,40  
**Sülzwurst** ..... Pfund 95 Pf. **Hildesheimer Art** Pf. 1,45  
**Dampfwurst** ..... Pfund 98 Pf. **Feldarmwurst** Pfund 2,25  
**Corned beef** ..... Pfund 1,00 **Speckwurst** Pfund 1,00  
**Speckwurst** ..... Pfund 1,00 **Feine Leberwurst** Pf. 1,60  
**Berl. Mettwurst** Pfund 1,05 **Schinkenwurst** Pf. 1,65  
**Hausm.-Leberw.** Pf. 1,05 **Teewurst** ..... Pfund 1,75  
**Jagdwurst** ..... Pfund 1,20 **Gänserollbrust**  
**Fetter Speck** ..... Pfund 1,20 **in ganzen und halben**, Pfund 2,40  
**Knoblauchwurst** Pf. 1,20 **Lachsschinken**  
**Fleischwurst** ..... Pfund 1,30 **in ganzen und halben**, Pfund 2,90

### Konferven

**Kaiserschoten** ..... 1,65  
**Junge Erbsen** tot ..... 1,25  
**Jg. Erbsen mittelst.** 78 Pf.  
**Gemüseerbsen** ..... 50 Pf.  
**Erbsen** mittelst. mit Karotten ..... 95 Pf.  
**Erbsen** m. geoch. Karott. 78 Pf.  
**Gem. Gemüse** tot ..... 1,45  
**Gem. Gemüse** mittelst. 1,12  
**Spinat** ..... 48 Pf.  
**Kohlraabi** m. Grün 60 Pf.  
**Gem. Gemüse** hergestellt aus getr. Erbsen, getrockneten Mörseln, frische Spargel und Karotten ..... 62 Pf.

### Kakao

**garantiert rein, stark entölt** ..... Pfund 65 Pf.  
**10 Pf. 5,90**

### Kunsthonig

**1-Pf. Paket** 32 Pf.  
**Bienenhonig** 1-Pf. 50, 95 Pf.

### Kaffee

**Santos-Mischung** Pfund 2,40  
**Santos-Peri-Mischung** Pf. 2,60  
**Guatemala-Mischung** Pf. 2,95

### Arbeitsmarkt

#### Stellenangebote

**Politischer Schriftleiter**  
 für SPD-Zeitung in der Provinz Brandenburg zum 1. April gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Gehaltsforderung sind bis 15 März zu richten an  
**W. Käber, Calau (N.-L.)**

# Freitag und Sonnabend Schlussverkauf unserer Rekordtage

### Danksagung.

Alle die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme bei der Beerdigung meines lieben Lebensgefährten, unseres guten Vaters  
**Willy Gubela**  
 sage ich allen Freunden, Bekannten und Bekannten, dem Deutschen Volksgenossen, der Firma C. Bede, der 41. Abteilung der SPD, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Krenzberg, der 84. Wahlkreis-Kommision, sowie dem Redner der Beerdigung meinen innigsten Dank.  
**Martha Militz nebst Kindern.**

### Wiederherstellung, Restaurierung u. Umbauarbeiten.

**Wiederherstellung, Restaurierung u. Umbauarbeiten.**  
 2-Pf. - Eimer **Konfitüre** 3-Pf. - Eimer  
**Pflaumen** ..... 98 Pf. **Erdbeer** ..... 1,30  
**Aprikosen** ..... 1,10 **Kirsch** ..... 1,35  
**Johannisbeeren** 1,15 **Himbeer** ..... 1,35  
**Orange** ..... 1,15 **Ananas** ..... 1,45  
**Vierfrucht-Marmelade** ..... 88 Pf.  
**Pflaumenmus** ..... 82 Pf.

### Fischmarinaden

**Heringe in Gelée** ..... 1-Liter-Dose  
**Bratheringe** ..... **82 Pf.**  
**Pollockmäse**  
**Bismarckheringe** ....

### Musikinstrumente

**Violoncelle, Violine, Gitarre, Klavier, Horn, Trompete, Schlagzeug, Blasinstrumente, Kontrabaß, Euphonium, Barockinstrumente, etc.**  
**Verkauf, Reparatur, Vermietung, etc.**

### Verschiedenes

**Vergnügungen**  
**Fahrer**  
**Kaufgesuche**  
**Vermietungen**  
**Mietgesuche**

### Arbeitsmarkt

**Stellenangebote**  
**Politischer Schriftleiter**  
 für SPD-Zeitung in der Provinz Brandenburg zum 1. April gesucht. Offerten mit Lebenslauf und Gehaltsforderung sind bis 15 März zu richten an  
**W. Käber, Calau (N.-L.)**

### Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtigster Anteilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, ganz besonders der Tante Klara für die auferstehende Pflege an meinem Krankenlager unseren aufrichtigsten Dank.  
**Fräulein Ellenbeck und Kinder.**

### Möbel

**Wiederherstellung, Restaurierung u. Umbauarbeiten.**  
**Schlafzimmer 455, Speisezimmer 345, Herrenzimmer 260, Eingangsflur 118, Ankleidekabine 75, Kleiderkasten 48, Schlafzimmerschrank 48, Chaiselongue 28, Metallbetten 18, Küchengeräte 13, verschiedene Möbel auf Wunsch, etc.**

### Achtung, Achtung!

## Hier Arbeitsamt Berlin-Mitte.

Im März geben wir durch Rundfunk an den Wochentagen **Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend um 18.30 Uhr** für Arbeiter und Angestellte wichtige Mitteilungen über offene Arbeitsplätze, Lehrstellen, über Neuerungen in der Arbeitslosenversicherung und andere arbeitsmarktpolitische Angelegenheiten. Die Arbeiter und Angestellten hören diese Mitteilungen regelmäßig ab.

**Wenn Du ein Hühnerauge hast, ist großes Uebel Dir beschieden. Befreie Dich von dieser Last, Kauf „Leowei“ und Du hast Frieden.**

\*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Pflaster „Leowei“ und Lebewohl-Balschenschen. Bisdose (3 Pflaster 25 Pfg., Lebewohl-Pflaster gegen empfindliche Füße und Fußschwellen, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte „Leowei“ im Hochwaren und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.



# STADT DES VORWARTS

## BEILAGE

### Um das Krankentassenwesen. Nochmals die Zusammenfassung.

Von einer mit dem Krankentassenwesen sehr vertrauten Persönlichkeit erhalten wir die folgende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ brachte in Nr. 1 am 1. Januar eine Zuschrift aus den Kreisen der Versicherten, die die gegenwärtige Krankentassenmischung Groß-Berlins an einigen drohtischen Beispielen beleuchtete und dringend eine Zusammenfassung der gesamten Krankenversicherung des heutigen Groß-Berlins forderte. Mit Recht! Denn die gegenwärtigen Verhältnisse sind auf die Dauer nicht nur für die Versicherten unerträglich, sondern sie bilden geradezu einen Skandal. Es ist deshalb unverständlich, daß die in Nr. 77 vom 15. Februar veröffentlichte Zuschrift eines Sachkenners sich gegen die Zusammenfassung der Krankentassen wendet mit Argumenten, die bei näherer Prüfung absolut nicht stichhaltig sind.

Die Zuschrift weist darauf hin, daß neben den 19 Allgemeinen Ortskrankentassen noch 118 Betriebs-, 53 Innungs- und 18 Ersparnisse, deren Auflösung oder Anschluß an eine große Allgemeine Ortskrankentasse nicht so leicht erreichbar ist und nur durch die Gesetzgebung möglich sei. Soweit die Allgemeinen Ortskrankentassen in Betracht kommen, greifen diese Bedenken nicht durch. Die Allgemeinen Ortskrankentassen können sich jederzeit vereinigen. Wie steht es aber mit den elf besonderen Ortskrankentassen? Ist auch deren Anschluß an die große Allgemeine Ortskrankentasse so ganz aussichtslos? Haben die in diesen Kassen versicherten Arbeiterschichten ein so erhebliches Interesse an deren Bestand? Nein! Auch die Mitglieder dieser Kassen bilden keine in sich geschlossenen Arbeiterschichten. Es sind ja nicht Ortskrankentassen für Maurer, Mechaniker, Gärtner, Buchdrucker, Steinbrücker usw., sondern Ortskrankentassen für das Maurergewerbe, Buchdrucker usw. Wie in Betrieben dieser Gewerbe beschäftigt getreten und ungelerneten Arbeiter und Angestellten gehören den besonderen Ortskrankentassen an, wenn die Mehrzahl der Beschäftigten aus Maurern oder Mechanikern, Buchdruckern usw. besteht. Ist das nicht der Fall, so gehört der Betrieb zu der an Orte zuständigen Allgemeinen Ortskrankentasse. Die Mitgliedschaft dieser besonderen Kassen ist also durchaus nicht einheitlich zusammengesetzt, während andererseits die Berufszugehörigen nur zum Teil in diesen besonderen Ortskrankentassen versichert sind.

Die Zuschrift erhebt ferner den Einwand, daß bei einer großen einheitlichen Krankentasse das Selbstverwaltungsrecht der Mitglieder beseitigt wäre, weil nur wenige Personen in die Organe dieser Einheitskasse gewählt werden könnten. Die Vertreter der Versicherten müßten dann sonst Zeit für die Wahrnehmung ihrer Ehrenämter opfern, daß Arbeiter aus den Betrieben oder Betriebsräte gar nicht in der Lage seien, ein solches Amt anzunehmen. Dadurch würde natürlich das Interesse der Versicherten an der Kasse mehr und mehr sinken. Richtig das so sein? Nein! Wenn wir in Berlin zu einer einheitlichen Kasse kämen, müßte von dem § 415 der Reichsversicherungsordnung weitestgehender Gebrauch gemacht werden. Er gibt den Krankentassen das Recht, für bestimmte Gruppen ihrer Mitglieder oder für bestimmte Bezirke Sektionen zu errichten und diesen bestimmte Funktionen zuzuwenden. Durch Errichtung solcher Sektionen würde die Mitarbeit weiter Kreise der Mitglieder ermöglicht und damit der Selbstverwaltung ein Impuls gegeben, wie er heute nicht besteht.

Daß den Versicherten der Verkehr mit ihrer Krankentasse sehr häufig sehr erschwert ist, gibt auch die Zuschrift zu. Sie glaubt diesen Mangel aber durch einen Hinweis auf die Post antworten zu können. Abgesehen davon, daß die große Masse der Kranken Kassemitglieder nicht solange warten kann, bis ihr die Post das Krankengeld ins Haus bringt, ist auch in vielen Umständen eine persönliche Aussprache erforderlich. Wie ist es heute? Die Kassemitgliedschaft richtet sich nach dem Sitz des Betriebes, nicht nach der Wohnung der Versicherten. Die für ihren Betrieb zuständige Kasse erstreckt sich nur über einen Teil des Stadtkreises Berlin, während sich die Wohnungen der Versicherten über das ganze Stadtgebiet ausdehnen. Können die von der Kasse zum Krankengeld nicht so lange warten oder haben sie ein persönliches Anliegen, dann müssen sie ihre Krankentasse aufsuchen: Die Maurer ihre Kasse am Bülowplatz, die Buchdrucker ihre Kasse in der Alexandrinenstr., die Mitglieder der Reutlinger Kasse ihre Krankentasse in Reutlingen. Es tritt deshalb durchaus zu, daß ein in Baumkämpfen wohnender Kranker einen Stundenlangem Weg zurücklegen muß, um ein persönliches Anliegen „seiner“ Krankentasse in Spandau vorzutragen. Würden diese Mißstände beseitigt, wenn

an Stelle einer großen Allgemeinen Ortskrankentasse für Berlin sechs bezirkliche Allgemeine Ortskrankentassen errichtet werden? Nein! Denn der Arbeitsplatz der großen Masse der Versicherten liegt nicht immer in der Nähe ihres Wohnsitzes. Nicht alle im Norden, Osten oder Süden Wohnenden sind auch dort beschäftigt. Ein im Norden wohnender, aber im Süden tätiger Arbeiter hätte im Krankheitsfall den gleich weiten Weg zurückzulegen und den gleichen Zeit- und Geldverlust wie bisher.

Und dann noch der dauernde Verlust erworbener Rechte durch den fortgesetzten Kassenwechsel, den die Zuschrift gar nicht erwähnt. Hunderte von Arbeitnehmern werden dadurch täglich geschädigt. Was nützt dem Versicherten eine jahrelange Beitragszahlung, wenn er durch einen Arbeitswechsel „neues“ Mitglied einer anderen Kasse wird und das Unglück hat, nach kurzer Mitgliedschaft besondere Leistungen (Krankenhaus-, Heilstättenpflege, größere Heilmittel) in Anspruch nehmen zu müssen? In den meisten Fällen wird er eine absehende Antwort oder nur die Mindestleistungen der neuen Kasse erhalten.

Dagegen hilft auch kein Zwangsverband, es sei denn, man müßte diesem alle Befugnisse der einzelnen Kassen übertragen. Dann aber wäre die Selbstverwaltung der einzelnen Kassen nur noch ein Schatten ohne jede Bedeutung. Dann träte das ein, was man von der „Rammulasse“ befürchtet oder vielmehr ihr andichtet. Der Kassenvorstand würde alles allein machen. Aber warum soll für Berlin mit seinen 19 Allgemeinen Ortskrankentassen nicht möglich sein, was in Hamburg, Frankfurt a. M., München, Nürnberg, Dresden, Leipzig, Breslau und allen anderen Großstädten bereits Wirklichkeit ist und bestens zum Wohle der Mitglieder funktioniert? Man könnte Berlin mit einem Netz von Zahl- und Abfertigungsstellen überziehen, so daß jedem Versicherten für den Bedarfsfall die Kasse so nahe wie möglich gebracht wird, viel näher, als es durch das heute bestehende Stellenienntum der A.O.K. Berlin möglich ist.

Würde eine einheitliche Kasse leistungsfähiger sein? Ohne Zweifel! Ganz bestimmt würde die heutige Durchschnittsleistung sämtlicher Kassen bedeutend überschritten werden. Krankenkasse, Heilstättenpflege, Genesenden- und Kinderfürsorge, Familienhilfe, Gewährung von großen Heilmitteln und Hilfsmitteln gegen Verunstaltung und Verkrüppelung, Jahresspaß usw. könnten bedeutend erweitert werden. Gegenwärtig besitzen verschiedene Krankentassen eigene Genesungsheime, ohne in der Lage zu sein, sie ständig voll zu belegen. Sie wirtschaften dadurch sehr teuer und sind gezwungen, anderen Kassen freie Plätze anzubieten. Bei einer Zusammenlegung der Kassen könnte hier sofort Wandel geschaffen werden.

Der von der Zuschrift herangezogene Vergleich mit Arbeitslosenversicherung ist ganz abwegig. Die Zuständigkeit bei der Arbeitslosenversicherung richtet sich nach der Wohnung der Versicherten. Dieser macht im Falle der Arbeitslosigkeit seine Unterhaltungsverpflichtung beim zuständigen Arbeitsamt geltend. Die Beiträge hierzu werden zugleich mit den Krankentassenbeiträgen an die zuständige Krankentasse abgeführt, welche sie ohne Kürzung an das Bundesarbeitsamt weiterleitet, das sie dann an die einzelnen Arbeitsämter nach Bedarf verteilt.

Wenn der Verfasser zum Schluß noch die Vergleichsmöglichkeiten betont, so möchte ich diese auch nicht vermissen. Der Wortlaut der Kassensatzungen reicht aber zu einem Vergleich nicht aus. Denn es ist aus ihm nicht zu ersehen, daß beispielsweise eine Anzahl leistungsschwacher Kassen den Mitgliedern der untersten Lohnstufen, also den Bedürftigsten, grundsätzlich keine Krankenhauspfllege gewährt und sie in schwerster Not der Armenfürsorge überläßt. Es ist auch aus der Kassensatzung nicht zu ersehen, in welchem Umfange die in ihr aufgeführten Mehrleistungen den Versicherten bewilligt werden. Entscheidend ist neben dem Satzungsinhalt die Großzügigkeit und das Verständnis der Kassenglieder für die gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Lage der Versicherten und ihrer Angehörigen. Deshalb braucht sich der Vergleich nicht auf den Ort zu beschränken. Die deutsche Krankenversicherung beruht auf einem einheitlichen Gesetz, der Reichsversicherungsordnung. Wenn wir vergleichen wollen, dann mit dem Aufbau und den Leistungen der Krankenversicherung anderer Großstädte. Heute fällt dieser Vergleich noch zuungunsten Berlins aus. Machen wir das Wohl der Versicherten zum Leitmotiv unserer Handlungen. Passen wir einen Bedürfnissen unsere Organisationsform an. Sorgen wir dafür, daß Berlins Krankentassenwesen endlich dahin kommt, wohin es gehört: an die Spitze.

(Wir möchten hiermit die Diskussion schließen. D. Red.)

### Aus der städtischen Wohlfahrtsarbeit.

In der letzten Sitzung der städtischen Wohlfahrtsdeputation wurde über eine Reihe bemerkenswerter Angelegenheiten verhandelt. Zugestimmt wurde der Schaffung eines Jugendheims in Reutlingen (Ziethenstr. 38), der Erweiterung des Kindergartens und des Kinderhortes in Lichtenrade, der Einrichtung eines Kindergartens und eines Kinderhortes im Bezirk Mitte (Streitberger Str. 16), der Bewilligung von 38000 M. Mehrkosten für Bau und Einrichtung einer Krippe und eines Kindertagesheimes in Lichtenberg (Stimpsonstraße).

Genehmigt wurde auch der für die Erweiterung des städtischen Heimwesens wichtige Ankauf des zweiten Erziehungsheims Wertheim (Johannabelm) in der Nähe des Gantensees. Dieses durch Stiftung entstandene Heim hat ein Grundstück von 36 Morgen, sehr schöne Gartenanlagen, sehr zweckmäßig gebaute und gut erhaltene Wohngebäude und soll 500000 M. kosten. Beabsichtigt ist, es als Erziehungsheim für 120 noch nicht schulpflichtige Kinder einzurichten und mit ihm eine Haushaltungsschule für 30 Mädchen zu verbinden. Vorgelesen ist auch, einige für die Anfernung im Betrieb geeignete weibliche Fürsorgeheime dort unterzubringen. Weiter wurde Gewährung eines Darlehens zum Umbau der Kriegerwaisen Haushaltungsschule in Bagow beschlossen. Die Haushaltungsschulen für Kriegerwaisen können nicht alle für April 1929 gemeldeten Mädchen aufnehmen. Für die Schulkinderpeilung wurden 922000 M. Nachtragsforderungen der Bezirke bewilligt. Die auf Veranlassung unserer Fraktion in der Stadtkonferenz beschlossene baldige Inangriffnahme der Reform und des Ausbaues unserer Fürsorgeerziehung wird bereits vorbereitet. Dazu gehört, daß die Deputation grundsätzlich zustimme, das städtische Gur Hogefeldort bei Reichenhagen in die Verwaltung des Landesjugendamtes zu übernehmen. Geplant ist Umwandlung in ein Landeserziehungsheim zur Unterbringung „Schwererziehbarer“, die beruflich auf die Tätigkeit angelernter Arbeiter vorbereitet werden sollen. In der Debatte wurden die Leistungen des städtischen Heimes „Lindenhof“ anerkannt hervorgehoben. Die Deputation schloß sich einem Beschlusse der Deputationskonferenz an, der die Erteilung von Schenkungsbeschlüssen für private Spiel- und Sportplätze ablehnt. Ueber einen anderen Beschluß der Deputationskonferenz, die Wobzeckanstalt nicht mehr zu belegen, hatte die Deputation in einem Schreiben an die Stadtkonferenz Bescheid. In der Deputation wurde dem einstimmig gefaßten Losungsbeschlusse sehr von den hertzlichen Mitgliedern widersprochen. Die Erörterung ergab, daß neben hygienischen Bedenken (gegen Bau und Lage des Heimes) auch pädagogische bestehen. Bei Verhandlungen über Erhöhung der Pflanzler habe die Anstalt für den Fall der Abichtung mit sofortiger Verringerung der Ernährung gedroht (s. B. Entziehung der Zulagen für starke Offiziere). Die Deputation billigte den Konferenzbeschlusse mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen die Stimmen der Bürgerlichen. Zugestimmt wurde dem Bau eines Altersheimes im Bezirk Bantow (Ortsbezirk Buchholz, Hauptstraße 62/63). Neben Einzelzimmern sollen Zimmer mit 2 Plätzen (besonders für Ehepaare) und mit 3 Plätzen eingerichtet werden. Für ärztliche Hilfe und Betreuung durch Pflegerinnen wird gefordert. Eine Magistratsvorlage forderte 20000 M. zu Beihilfen zur Errichtung von Wohnenndhäusern für Kriegsbeschädigte und Kriegerverwundene. Auf Antrag der Sozialdemokraten erhöhte die Deputation den Betrag auf 50000 M. für die Zentralfüche Tressowstraße wurden 49000 M. zu Zuschüssen für den Außenbetrieb bewilligt, aber weitere 157000 M. für den Innenbetrieb abgelehnt. In der Stadtkonferenzamerikanerung hat ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vom Magistrat baldigen Neubau einer Volkshalle verlangt. Technische Verbesserungen in der Tressowstraße würden nur Kosten machen, die besser angewendet werden könnten.

### Berliner Verkehrs- und Baupolitik.

Die Parteibeamteten des Kreises Treptow trafen am Dienstag im „Einsiedler“ in Oberschöneweide zusammen, um einen Vortrag von Stadtrat Genshoff Reuter über die Verkehrsarbeiten der Stadt Berlin zu hören. Genshoff Reuter erläuterte eingehend die neuen Vorlagen des Magistrats, die bereits im „Vorwärts“ besprochen wurden. Keine Stadt kann eine so großzügige Verkehrsorganisation wie Berlin aufweisen, in keiner Stadt ist mit so ungeheuren Stroßendurchbrüchen Platz für den Verkehr geschaffen. In zwei bis drei Jahren wird keine Gasse Berlins, die einigermaßen befleddelt ist, ohne ausweichenden Verkehr sein. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Einige Fragen über den Verkehr nach Oberschöneweide



**Das Wort Marke ist keine allgemeine Bezeichnung Es bedeutet das Erzeugnis einer bestimmten Fabrik**

Die Deutsche Schulkarke

# MERCEDES

ist das Erzeugnis unserer eigenen Fabriken, hergestellt mit den besten technischen Hilfsmitteln, von geschulten Spezialisten unter der Leitung erstklassiger Experten





